Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419. | Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. | Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17. | **Sonntag, den 21. Januar 1900.** | **7. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt“.

Die Beschlagnahme deutscher Schiffe im Reichstage.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Der Reichstag erlebte am heutigen Freitag das, was man einen „großen Tag“ zu nennen pflegt. Einen „großen Tag“ in mehr als einer Beziehung. Die heutige Sitzung zerfällt in zwei Abschnitte, die aber in einem losen und fast nur äußerlichen Zusammenhang mit einander stehen. Im Anfang wurde ein großes national-patriotisches Rührstück aufgeführt; den Rest der Sitzung füllte die Fortsetzung des großen Kampfes zwischen Konservativen und Gouvernementalen aus.

Die Interpellation Möller, in der bürgerlichen Presse unter fürchterlichen Tamtamschlägen angekündigt, hatte nicht verfehlt, ein zahlreiches Publikum „aus allen Ständen“, wie der konventionelle Ausdruck lautet, herbeizulocken. Das Haus war zum mindesten gut besetzt; am Bundesrathstische wimmelte es von Ministern, Staatssekretären, wirklichen und gewöhnlichen Geheimräthen; in der Hofloge glitzerte es von Generalsuniformen und glänzenden Toiletten; die Diplomatenloge war bis auf den letzten Platz gefüllt; namentlich war die englische, sowie die amerikanische Gesandtschaft vertreten; auf der Journalistentribüne hätte kein Apfel auf den Boden fallen können; auch auf ihr sah und hörte man viele Söhne Albions.

Die Interpellation hatte die Unterstützung und die Unterschriften der weit überwiegenden Mehrzahl der Parteien des Hauses gefunden. Die Furcht, von der Chauvinistenpresse als „vaterlandslos“ verschrieen zu werden, mag dabei mitgewirkt haben, daß auch — von den flottenbegeisterten Rickertmannen ganz zu schweigen — die freisinnige wie die süddeutsche Volkspartei, sowie die Welfen unter den Unterstützern der Interpellation sich befanden; aber selbst die Polen hatten sich nicht ausgeschlossen. Eine Ausnahme machten allein — außer den Elsaß-Lothringern — die Sozialdemokraten. Weit entfernt davon, sich für englische Uebergriffe zu begeistern, konnte doch unsere Fraktion nicht ein Unternehmen unterstützen, bei dem heilloser Chauvinismus zum mindesten mitwirkte.

Zum Begründer der Interpellation war der Abgeordnete Theodor Möller-Duisburg, der Führer der großindustriellen Scharfmachergruppe innerhalb der nationalliberalen Partei, auserkoren worden. Herr Möller ist alles andere, denn ein feuriger Redner; nur für Leichenreden scheint er eine hervorragende Begabung zu besitzen. Langsam und eintönig entrangen sich die einzelnen Sätze dem Gehege seiner Zähne; vergebens versuchte er, um wenigstens einen guten Abschluß zu erzielen, sich am Ende seiner Ausführungen in ein künstliches Pathos hereinzureden: die Begeisterungsfähigkeit ist nun einmal diesem nüchtern kahlen Vertreter der Geldsacksinteressen versagt. Anerkannt werden muß, daß er sich einer ziemlichen Sachlichkeit befleißigte und nicht auf das Niveau der antisemitisch-chauvinistischen Hetzpresse herabstieg. Die pöbelhaften Ausfälle gegen England kamen von den Antisemiten, die sich an Zwischenrufen, wie „Unverschämtheit“ usw. verlustirten.

Nun erhob sich Graf Bülow. Der Herr Staatssekretär bewährte sich wieder als vorzüglicher Tafelredner und als geborener Beschwichtigungshofrath; unter reichlichen Lobsprüchen an den Patriotismus der überwältigenden Mehrheit des Hauses gab er doch deutlich genug für jeden, der zwischen den Zeilen zu lesen vermag, zu verstehen, daß eigentlich die Interpellation jedes greifbaren Zweckes entbehre, da England ja alles zugestanden habe, was man nach dem Stande des „Seerechts“, wie es nun einmal sich ausgebildet hat, von ihm verlangen kann. Vollständig Recht hat Graf Bülow übrigens, wenn er zwar mit diplomatischer Finesse, aber doch deutlich genug das heutige Seerecht als eine Art von Faustrecht bezeichnet; seine Empfehlung des internationalen Schiedsverfahrens werden wir uns merken.

Nach einer ziemlich belanglosen kurzen Rede des Posthusarengenerals Podbielski beantragte Liebermann von Sonnenberg Besprechung der Interpellation. Das Haus war aber in seiner kolossalen Majorität der Meinung, daß ein rechtes Bedürfniß dafür nicht vorliege. Unter schallender Heiterkeit des Reichstages, die auf die Tribünen ansteckend wirkte, erhoben sich für den Antrag Liebermann nur die Antisemiten und drei „helle“ Sachsen, der konservative Oertel und die nationalliberal-alldeutschen Doktoren Lehr und Hasse.

Damit war das Spiel zu Ende und der Ernst begann. Das Haus trat in die Berathung des Etats des Reichskanzlers ein: Fürst Hohenlohe war am Schlusse der Lieberschen Rede im Saale erschienen. Sofort begann Herr von Kardorff mit der „Abrechnung“, die er jüngst vorausverkündet hatte. Einen ganzen Sack von Klagen schüttete der Verwaltungsrath der Laurahütte aus: nur schade, daß sie alle jeglichen Reizes der Neuheit total entbehrten. Die Regierung soll nach der Behauptung des schlesischen Junkers 1) die Landwirthschaft stiefmütterlich, 2) das Großkapital mehr als mütterlich behandeln, 3) vor der Sozialdemokratie katzbuckeln, 4) den Konservativen, wie einst der Saragossaer Palafox den Franzosen, den „Krieg bis auf's Messer“ angekündigt haben. Außerdem soll sie noch das „Berliner Tageblatt“ zum Range eines offiziösen Organs erhoben haben. Posadowsky im Speziellen, behauptete Herr von Kardorff, hat keine gediegene nationalökonomische Bildung: Beweis: derselbe ist kein Silberwährungsmann. — Eine Kardorffiche Rede ohne Empfehlung des weißen Metalls gehört bekanntlich zu den nichtexistirenden Dingen. — In sehr hellen Farbentönen erglänzte gegenüber dem Schauergemälde von der reichsverderberischen Regierung das Bild, das mit wohlwollender Hand Herr von Kardorff von Herrn von Kardorff zeichnete: als Herr Graf Posadowsky noch in der politischen Wiege lag, hat er, der von Kardorff, schon die ganze Bildung seines Jahrhunderts besessen; er hat den Centralverband deutscher Industrieller in's Leben gerufen zu einer Zeit da noch Niemand etwas von Posadowsky wußte usw. Sehr gut führten den Herrn von Kardorff der Reichskanzler und der Staatssekretär des Innern, von dem Abgeordneten Rickert nicht unwirksam sekundirt, ab. Zum Erstaunen des Hauses hielt Onkel Chlodwig, ohne den gewohnten „Nothknecht“, das Notizenzettelchen zu gebrauchen, eine längere freie Rede, vielleicht die beste, die er je gehalten hat: sie entbehrte selbst nicht eines gewissen Anflugs von Humor und einer feinen Ironie; an einzelnen Stellen erhob sie sich sogar zu beißender Satire gegen die beiden „bedeutenden Parteiführer“ Limburg-Stirum und Kardorff, soweit nämlich der greise Diplomat überhaupt „beißen“ kann. Daß ihm das bekannte Wort von der „vorübergehenden Erscheinung“ aus der Seele gesprochen war, ließ sich denken; na, uns schadet's ja nicht. Graf Posadowsky persiflirte den Kröcherruf nach einem „starken Manne“ in gradezu brillanter Weise; seine Aeußerung, daß die Sozialdemokratie eine Begleiterscheinung der Großindustrie sei, zeigt, daß er etwas gelernt hat — im Gegensatz zu Herrn v. Kardorff, dem sich dieses nicht nachsagen läßt — der Hinweis darauf, daß ein Konflikt im Reiche etwas anderes sei, als ein Konflikt in Preußen, kann den Scharfmachern gar nicht genügend zur sorgfältigen Nachachtung empfohlen werden. Daß er nebenbei auf die bösen „Agitatoren“ schalt, daß er ankündigte, im Kampfe, wenn auch im gesetzlichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht locker lassen zu wollen, läßt uns kalt: aber die Optimisten mögen's sich hinter's Ohr schreiben, die schon das Morgenroth einer neuen „sozialen Aera“ zu schauen glauben. — Was nunmehr folgte, entbehrte jeder Wichtigkeit, nur, daß der süddeutsche nationalliberale Graf Oriola unter Wahrung seines extrem-agrarischen Standpunktes der Regierung sein Vertrauen ausdrückte, verdient bei dem unverkennbaren Bestreben derselben, sich im Reichstage auf eine ultramontan-nationalliberale Mehrheit zu stützen, einige Beachtung. Für die Erheiterung des Hauses sorgte Liebermann von Sonnenberg, der sich anscheinend sehr bemüht, für den nur selten erscheinenden Ahlwardt vollwerthigen Ersatz zu schaffen. In seiner an Mätzchen aller Art reichen, in Pückler-Stil gehaltenen Hetzrede gegen England, war nur der Hieb gegen den Geschäftspatriotismus gewisser großer industrieller Flottenschwärmer bemerkenswerth; sonst hatte Graf Oriola durchaus Recht, als er unter allseitiger Zustimmung erklärte, im Interesse des Reichstags auf die Liebermann'sche Rede nicht eingehen zu wollen. — Bald nach 5 Uhr wurde die Berathung auf Sonnabend vertagt.

Deutscher Reichstag.*)

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 19. Januar 1900.

130. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Bülow, Tirpitz, Graf Posadowsky, v. Podbielski, Frhr. v. Thielmann, Nieberding. — Reichskanzler Fürst Hohenlohe erscheint gegen Schluß des ersten Theiles der Tagesordnung.

Von sämmtlichen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Elsaß-Lothringer ist eine Interpellation eingebracht worden, betr. die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Organe der englischen Regierung. — Staatssekretär Bülow erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Möller-Duisburg (NL.): Eigentlich ist nach den Zeitungserklärungen des heutigen Morgens die Interpellation gegenstandslos. Dennoch glauben meine Freunde und ich, bei dieser Gelegenheit, auch an diesem Platze die tiefe Entrüstung zum Ausdruck bringen zu sollen, die das deutsche Volk über die Art der Behandlung deutscher Schiffe durch die Engländer empfindet. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Ich will nüchtern und kühl die Vorgänge betrachten. Seit dem bekannten Jameson'schen Einfalle haben sich die beiden südafrikanischen Republiken zu den schweren Kämpfen gerüstet, die sie herannahen sahen. An den Lieferungen an sie haben sich Angehörige aller Nationen betheiligt, nicht zum mindesten auch Engländer selbst. (Hört! Hört!) Die Granaten z. B. haben die Buren ausschließlich durch englische Schiffe bezogen. (Hört! Hört!) Die deutsche Ostafrikanische Postdampferlinie hat die strikteste Neutralität gewahrt und ihre Agenten in allen Häfen angewiesen, keine Kriegskontrebande aufzunehmen. Trotzdem wurden zuerst der Dampfer „Admiral“ und der Dampfer „Kaiser“ beschlagnahmt; indessen wieder freigelassen. Am 29. Dezember kam die Kunde, daß der Dampfer „Bundesrath“ in der Delagoabai, am 4. Januar, daß der Postdampfer „General“ in Aden angehalten und am 10. Januar, daß der Dampfer „Herzog“ nach Durban eingebracht sei. Daß das Segelschiff „Hans Wagner“ angehalten ist, weil es Dynamit an Bord führte, ließe sich noch einigermaßen rechtfertigen; indessen war das Dynamit für den Minenbau und nicht für den Krieg bestimmt. Die drei genannten Dampfer sind, was besonders erschwerend ist, Postdampfer; das sollte zu dem ernsthaften Versuch einer internationalen Festlegung der Rechte der Postdampfer führen. (Sehr richtig!) Mit besonderer Rücksichtslosigkeit ist der Dampfer „Bundesrath“ behandelt worden. Die Ladung hätte in 2 Tagen ausgeladen werden können, statt dessen hat man ihn 3 Wochen festgehalten. (Hört! Hört!) Eine schlimmere Rücksichtslosigkeit giebt es gar nicht. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Rufe b. d. Antis.: Unverschämt!) Es mußte von Neuem der Versuch gemacht werden, seerechtliche Fragen von dieser Wichtigkeit zu regeln (Zustimmung) und besonders feste Normen für die Ausübung des Visitationsrechts zu schaffen. Nach der Regulative, die die englische Regierung ihren eigenen Seeoffizieren im Jahre 1866 gab, wäre sie zu der Beschlagnahme nicht berechtigt gewesen. Wir müssen volle Entschädigung für den direkten und indirekten Schaden verlangen; aber damit nicht genug; wir müssen auch Genugthuung für das verletzte Gefühl nationaler Ehre fordern. (Sehr richtig! und Bravo!) Wir verlangen Sicherheit für die Zukunft im Interesse unserer und im Interesse der internationalen Schifffahrt. — Was die Gründe betrifft, welche bei diesem Verfahren der Engländer mitgespielt haben, so liegen sie auf der Hand: Aerger über die erlittenen Niederlagen, den man gern auslassen möchte, und Spionenriecherei, wie sie die gewöhnliche Begleiterscheinung von Niederlagen ist. Mit ihren Spionen ist nun aber die englische Regierung gründlich hereingefallen, sonst hätte sie wissen können, daß die Buren reichlich und überreichlich mit Munition versehen sind. — Es scheint, als ob der englischen Centralregierung in London die Zügel über ihre maritimen und kolonialen Behörden entglitten sind. — Noch ein Wort über den Präsidenten von Transvaal Paul Krüger. Ueber den Mann sind die größten Verläumdungen verbreitet worden. Man hat ihm Bestechlichkeit vorgeworfen. Alles dieses hat sich als ein leeres Märchen herausgestellt. (Zustimmung.) Als Individuen stehen die weitaus meisten Deutschen mit ihren Sympathien auf Seiten der Buren; da die Politik aber mit dem Kopfe und nicht mit dem Herzen gemacht wird, so ist allerdings an dem Grundsatze strengster Neutralität festzuhalten. Aber entschlossen, alle Pflichten der Loyalität gegenüber den Engländern zu erfüllen, verlangen wir auch volle Loyalität von diesen; bei dieser Forderung steht, von ein paar Querköpfen abgesehen, die gesammte Nation hinter uns. (Lebh. Bravo!) Zum Schluß möchte ich noch daran erinnern, daß die Engländer, die jetzt von anderen Nationen die strikteste Neutralität verlangen, in dem amerikanischen Sezessionskriege, in Verhöhnung der Neutralität, offen die abgefallenen Sklavenstaaten begünstigt haben. Damals haben sich die Engländer auf Jahrzehnte die Feindschaft der Union zugezogen; mögen sie sich hüten, die Feindschaft des deutschen Reiches und den Haß aller Nationen gegen sich heraufzubeschwören. (Bravo!)

Staatssekretär Graf Bülow: In Hinblick auf die gerechte Entrüstung der weitesten Kreise der Nation habe ich mich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt; doch gebietet mir der Ernst der politischen Lage und die Tragweite der Sache Beschränkung auf das Nothwendige und Sachliche. Der Sachverhalt ist von dem Herrn Interpellanten richtig geschildert worden; ebenderselbe hat anerkannt, daß es feste Normen über die Rechte und Pflichten des neutralen Handels gegenüber kriegführenden Mächten bisher nicht giebt. Alle Versuche, zu der Feststellung solcher Normen zu gelangen, sind bisher gescheitert. Ein neuer Anlauf ist auf der Haager Friedenskonferenz genommen worden. Selbst-

*) Der Schluß des Reichstags-Berichtes vom Donnerstag befindet sich in der Beilage.

redend verfolgt das deutsche Reich diese Versuche mit Aufmerksamkeit und Sympathie. Als praktisch geltendes Recht, dessen Verletzung allgemein als völkerrechtswidrig angesehen wird, kann man etwa folgende Leitsätze betrachten: 1) Neutrale Schiffe in den territorialen Gewässern der kriegführenden Macht unterliegen dem Visitationsrecht. Wegen der Postdampfer ist die Sache streitig. 2) Das Visitationsrecht ist möglichst schonend auszuüben. 3) Widersetzt sich das neutrale Schiff der Anhaltung oder stellt sich das Vorhandensein von Kontrebande heraus, so kann das Schiff von dem Kriegsschiff aufgebracht werden. Die Sache wird alsdann von dem zuständigen Prisengericht geprüft. 4) Zur Kontrebande gehören unbedingt Waffen und Munition; was sonst noch als solche angesehen werden kann, läßt sich nur im einzelnen Falle entscheiden; 5) wird vom Prisengericht die Aufbringung für nicht gerechtfertigt erklärt, so hat unverzügliche Freigabe und Schadloshaltung zu erfolgen. — Mit diesen Leitsätzen ist die Beschlagnahme der Dampfer „Herzog" und „Bundesrath" nicht in Einklang zu bringen. Ich will nun bemerken, daß wir den Versuch machten, bei der englischen Regierung durchzusetzen, daß bei Schiffen, die nach neutralen Häfen bestimmt sind, der Begriff der Kontrebande überhaupt nicht angewendet werden soll. Die englische Regierung hat den Vorschlag abgelehnt. (Hört, hört!) Auf Grund der angeführten allgemein anerkannten Rechtssätze verlangen wir, daß die kriegführende Partei ihr Recht zur Untersuchung und eventuellen Beschlagnahme neutraler Schiffe in einer Weise ausübt, welche der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des neutralen Handels unter normalen Bedingungen zwischen befreundeten und gesitteten Völkern entspricht. (Bravo!) Wir haben daher sofort ernste Verwahrung eingelegt gegen das Vorgehen der englischen Regierung. Wir verlangten in erster Linie die Freigabe unserer Dampfer, die auch alsbald erfolgte. Auch unsere Forderung auf Ersatz des deutschen Reichsangehörigen durch die Festhaltung der Dampfer zugefügten Schadens hat die englische Regierung anerkannt. Ferner haben wir verlangt, daß die englische Seebehörde an die Schiffskommandanten die Weisung erlasse, unsere deutschen Schiffe von Aden an nordwärts nicht mehr zu behelligen, und Dampfer, die die deutsche Postflagge führen, nicht anzuhalten. Auch in diesem Punkte ist uns die englische Regierung entgegengekommen. Schließlich haben wir Erledigung aller noch strittigen Fragen, z. B. betreffs Entschädigung durch ein Schiedsgericht verlangt. Die englische Regierung hat die Hoffnung ausgesprochen, daß es eines Schiedsgerichts nicht bedürfen würde, wird sich aber der Einsetzung eines solchen nicht widersetzen. Endlich hat die englische Regierung ihr Bedauern über das Vorgefallene Ausdruck gegeben. Wir hoffen, daß sich derartige bedauerliche Zwischenfälle nicht wiederholen werden. Schon die Reellität und Loyalität der deutschen Rhedereien, die sich auch bei diesem Anlaß wieder bewährt hat, sollte das verhindern. Gerade, weil wir aufrichtig bestrebt sind, freundliche Beziehungen zu England zu unterhalten, wünschen wir, daß solche unliebsamen Vorkommnisse vermieden werden. Deutschland, das seine Friedensliebe seit 30 Jahren bewährt hat, ist berechtigt, von allen Staaten freundliches Entgegenkommen zu verlangen. Die Thatsache, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses die Interpellation unterzeichnet hat, beweist auf's Neue, daß immer, wo es sich um die Wahrung des Rechtsstandpunktes handelt, zwischen dem Reichstag und der Reichsregierung jene Uebereinstimmung herrscht, die eine sichere Stütze unserer auswärtigen Politik ist. (Lebhaftes Bravo!)

Staatssekretär des Reichspostamts v. Podbielski: Seit Beginn des Krieges ist die Postverbindung mit Transvaal unterbrochen. Die letzte in Kapstadt eingegangene Post wurde am 3. Januar zurückgesandt. Irgend welche Beschlagnahme von Briefen auf den Dampfern ist ausgeschlossen, da diese nicht als Contrebande gelten

Ein Antrag des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg (A.) auf Besprechung der Interpellation wird gegen die Stimmen der Antisemiten und des Bundes der Landwirthe abgelehnt.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt und zwar beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

v. Kardorff (Rp.): Der Herr Staatssekretär v. Posadowsky hat neulich gesagt, ich scheine die Bedeutung des Großkapitals zu unterschätzen. Mit der Begründung des Centralverbandes der deutschen Industriellen habe ich wohl bewiesen, daß ich die Bedeutung des Großkapitals zu schätzen weiß. Graf v. Posadowsky wies zu meiner Beruhigung auf das Börsengesetz hin. Die Initiative dazu lag aber bei uns, nicht bei der Regierung. Im Uebrigen sind wir aber nicht davon entzückt, es ist uns zu bureaukratisch. Auf dem Gebiete der inneren Politik ist das „Berl. Tagebl." Regierungsorgan. Wenn der Prozeß Tausch eine neue Auflage erlebte, würde ich es dem Herrn Staatssekretär beweisen können. Die Ausführungen des Staatssekretärs bei der Aufhebung des Verbindungsverbotes machten den Eindruck einer vollständigen Kapitulation vor der Sozialdemokratie. Vielleicht wird die Regierung noch einmal bereuen, dies Recht hingegeben zu haben. Graf Posadowsky hat gesagt: Wir können der Sozialdemokratie doch nicht an die Gurgel springen." Fürst Bismarck that das auch nicht, aber er kapitulirte auch nicht vor der Sozialdemokratie. Ich hätte diese Frage auch nicht so tragisch genommen in der Annahme, die Regierung habe in diesem Augenblick, wo sie die Flottenvorlage bewilligt sehen möchte, andere Fragen vorläufig zurückgeschoben, wenn nicht die Kanalvorlage wieder angekündigt wäre. Auf meine Aeußerung, die Kanalvorlage im Reichstag einzubringen, hat mir ein Regierungsvertreter geantwortet, damit könne es mir wohl nicht Ernst sein. Und dabei ist doch die Bedeutung des Kanals für das Reich vom Oberst Budde des längeren auseinandergesetzt worden. Ueber unsere Bemerkung, das würde ein Kanal ohne Wasser sein, hat man sich lustig gemacht. Wenn man Pumpen und Hebewerke in der Nordsee anlegt, kann man auch in einen Kanal ohne Wasser welches hineinbringen. (Große Heiterkeit.) Mit der auswärtigen Politik des Reichskanzlers sind wir einverstanden. Er hat sein Amt unter schwierigen Verhältnissen angetreten und seiner Erfahrung und Weisheit verdanken wir es, daß der Staatswagen wieder in bessere Bahnen eingelenkt ist. Die Bemängelungen, die wir gegen den Reichskanzler geltend machen, liegen auf dem Gebiete der Landwirthschaft. Graf Posadowsky wies auf den kommenden autonomen Tarif hin. Was soll aber in den 3 Jahren wo sie warten soll, aus der Landwirthschaft werden? Wir sind weiter mit der inneren Politik des Reichskanzlers nicht einverstanden. Der Reichskanzler hat uns den Krieg erklärt und ist sofort zu unerhörten Feindseligkeiten geschritten, zu der Maßregelung der Landräthe. Im Abgeordnetenhause hat auch nicht eine Partei das Vorgehen der Regierung gebilligt Auf unsere Abstimmungen wird diese Thatsache freilich keinen Einfluß ausüben. Aber mein persönliches Bedauern wollte ich über diese Vorgänge aussprechen. (Bravo! rechts.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ich habe den Angriffen der Herren Graf Limburg-Stirum und v. Kardorff zunächst keine Bedeutung beigemessen und deshalb nicht sofort darauf geantwortet. Das war ein Fehler. Denn die Aeußerungen hervorragender Politiker sind immer von Bedeutung. (Heiterkeit.) Außerdem ist mein Schweigen als eine Niederlage dargestellt worden. Daß Herr v. Kardorff mit mir nicht harmonirt, wundert mich nicht. Ich halte an der Goldwährung fest und bin der Meinung, daß das Aufgeben unserer bestehenden Währung zu Kalamitäten ernsten Ranges in finanzieller Beziehung führen würde. Für die Landwirthschaft hat die Regierung alles Mögliche gethan. Für den Kanitzschen Antrag konnten wir uns allerdings nicht erwärmen. (Heiterkeit.) Meine Aeußerung über den Industriestaat war ein einfaches Konstatiren der Thatsachen. Die Herren behaupten, daß ich Machtmittel des Staats preisgebe. Ich bin ein ebenso entschiedener Gegner aller revolutionären Bestrebungen wie die beiden Herren, ich halte es aber nicht für zweckmäßig, wenn dies in Form von Gesetzentwürfen zu Nutz und Frommen der sündigen Menschheit an die Wand gemalt wird, besonders wenn dieser Entwurf schließlich die Zustimmung des Reichstags nicht findet. Ich halte den Ausdruck, daß die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei, für einen Irrthum. (Lachen rechts.) Das Gegentheil der Weisheit findet sich in einem Satze der „Hamburger Nachrichten", daß die Regierung der Sozialdemokratie an die Gurgel springen solle, um sie zu erwürgen. Zu der Aufhebung des Verbindungsverbots waren wir genöthigt. Ich hatte die Aufhebung bis zum 1. Januar 1900 versprochen, um das Zustandekommen des B. G.-B. nicht zu gefährden. Nun stand der 1. Januar vor der Thür. Der preußische Landtag war nicht versammelt. Es blieb uns nichts weiter übrig, als den Weg der Reichsgesetzgebung sofort zu beschreiten.

Rickert (FVg.): Ich bin durch die so emphatisch angekündigten Angriffe des Herrn v. Kardorff auf den Reichskanzler sehr enttäuscht. Er hat eigentlich gar nichts vorgebracht. Was ist dem Grafen Bülow in agrarischen Blättern nicht alles gesagt worden! Und doch können wir mit unserer auswärtigen Politik ganz zufrieden sein. Herr v. Kardorff greift den Reichskanzler an, weil er das Verbindungsverbot aufgehoben hat. Wo bleibt die politische Moral, wenn der erste Beamte des Reichs solche Angriffe wiederholt zurückweisen muß. (Lebhafte Zustimmung links.) Nur durch eine liberale Politik kann die Sozialdemokratie überwunden werden. Treiben wir eine solche Politik einmal 3 Jahre, und wir wollen uns wieder sprechen. (Lachen rechts.) Die Herren sprechen von den ungünstigen Handelsverträgen. Haben Sie nicht einen Getreidezoll von 3,50 Mk? Sie machen dem Reichskanzler das Leben so schwer, daß er für die Weiterführung des Amtes danken wird. Dazu wird es aber hoffentlich nicht kommen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herr v. Kardorff hat der Regierung neulich vorgeworfen, sie mache Komplimente vor dem Großkapital. Heute hat er uns sogar unterschoben, wir machten Komplimente vor dem schlechten Großkapital. Das sind Münzen hinausgeworfen durch die offenen Fenster des Reichstags für die blinde Menge. (Sehr richtig! links.) Er hat auch das Börsengesetz erwähnt, gegenwärtig wo eine Verständigung aller betheiligten Faktoren erzielt werden soll. Er hat ferner von neuem die Behauptung aufgestellt, das „Berliner Tagebl." sei ein offiziöses Organ. Wenige Blätter haben mich so ungerecht bekämpft wie dieses, da ist es für mich fast komisch, hier den Vertheidiger des „Berl. Tagebl." spielen zu müssen. Ich erkläre nochmals, daß von einer Offiziosität des Blattes keine Rede sein kann. Herr v. Kardorff hat die Aufhebung des Verbindungsverbots als schweren Fehler bezeichnet. Dabei ist aber in seiner Presse ausdrücklich anerkannt, daß der ganzen Maßregel keine erhebliche praktische Bedeutung inne wohne. Herr v. Kardorff wirft uns Verbeugungen vor der Sozialdemokratie zu. Wie ist denn die Sozialdemokratie eigentlich entstanden? Die Konzentration der Arbeitskräfte hat das Solidaritätsgefühl in den Arbeitern erregt. Das Selbstbewußtsein der Arbeitermassen ist gestiegen und dieser Stimmung haben sich Agitatoren zu bemächtigen gewußt. Aus einer rein wirthschaftlichen Frage ist eine politische Frage geworden. Das Unrecht der Agitatoren besteht darin, daß sie den Massen vorreden: wir sind in der Lage euch vor allem Ungemach zu schützen. Ein förderndes Moment für die Sozialdemokratie liegt in der Abhängigkeit so vieler Existenzen vom Staat. Scheitern diese aus irgend einem Grunde, so sind sie mit dem Staate unzufrieden und bekämpfen die bestehende Ordnung. Ferner hat man eine ganz falsche Auffassung von den Aufgaben des Staates. Es wird angeblich wissenschaftlich zu beweisen versucht, daß die Sozialdemokratie ein Heil für das Vaterland sei. Nur die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Arbeiter, kann dazu führen, die irregeleiteten Massen von ihren Führern zu trennen. Ich habe nicht gesagt, die Sozialdemokratie müsse als völlig gleichberechtigte Partei behandelt werden, sondern nur: man dürfe ihr lediglich auf Grund der Gesetze entgegen treten. Das läßt die Möglichkeit offen, gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie Gesetze zu machen. Die Zuchthausvorlage war ein solcher Versuch, er ist aber gescheitert. Herr v. Kardorff meint, die Regierung thäte zu wenig für die Landwirthschaft. Wir thun alles, was möglich ist, aber ein Universalmittel gegen die Noth der Landwirthschaft kennen wir nicht. — In der letzten Sitzung im Dezember machte Herr v. Kröcher der Regierung den Vorwurf, daß sie den Reichstag wegen der Ablehnung der Zuchthausvorlage nicht aufgelöst habe. Das kann die Regierung aber nur thun, wenn sie Aussicht hat im neuen Reichstag ihre Wünsche durchzusetzen, sonst treibt sie zum Konflikt. In Preußen haben wir einen solchen Konflikt gehabt. Ein Konflikt in einem Bundesstaat ist etwas ganz anderes als ein Konflikt im Reiche. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Fürst Bismarck hat die Politik die Kunst des Möglichen genannt. Was die Herren v. Kardorff und v. Kröcher anstreben, ist aber die Politik des Unmöglichen. (Lebh. Beifall links und im Zentrum.)

Liebermann v. Sonnenberg (Antis.): Die Ausführungen des Grafen Bülow waren nicht geeignet, die Aufregung des deutschen Volkes über das Vorgehen der Engländer zu beschwichtigen. England gegenüber müssen andere Töne angeschlagen werden. Schon bei der Samoafrage wollte ich eine Warnungsrede gegen England halten. Die Entrüstung über das Vorgehen Englands ist jetzt allgemein, nur der „Vorwärts" meint, daß die Engländer kein böswilliges Motiv geleitet hätte. Die Beschlagnahme der deutschen Schiffe war aber planmäßig vorbereitet. Schon am 11. Dezember wurde mir aus Aden vom Dampfer „Herzog" geschrieben, englische Spione seien jetzt überall, fünf seien an Bord, zweien sei es bewiesen und die seien so verkeilt worden, daß sie in Port Said im Hospital bleiben mußten. (Heiterkeit bei den Antis.) Mit Geld ist die Schädigung der deutschen Interessen durch die Engländer gar nicht gut zu machen. — Redner erklärt es weiter für ganz unmöglich, daß die Firma Krupp Kriegsmaterialliefernngen für England übernommen habe Wenn die Firma Ludwig Löwe in kritischen Zeiten mit Boulanger wegen der Lieferung von Kriegsmaterial verhandelt hat, so läßt sich das aus Rasseneigenthümlichkeiten erklären. (Heiterkeit bei den Antisemiten.) Das Geschäft bringt das so mit sich, von einer Firma wie Krupp kann ich aber ein solches Gebahren unmöglich annehmen. Im übrigen wäre es vielleicht angebracht, wenn man den Grundsätzen der Neutralität entsprechend jede Ausfuhr von Waffen und Munition verbieten würde. Redner verliest eine Stelle aus den Verhandlungen des Parlaments in Australien, wonach als Anstifter des Krieges Spekulanten, Börsianer und Juden erklärt werden und es heißt: „Die Buren kämpfen für die Befreiung der Völker aus der Tyrannei der Juden." Das ist auch meine Ansicht. (Gelächter.) Redner greift sodann Cecil Rhodes an, verweist auf die Enthüllungen der „Ind. Belg." über Chamberlain und fordert die Kündigung des Delagoabaivertrages mit England. Ueber die Gesinnung Englands uns gegenüber ist kein Zweifel mehr. Die Engländer fürchten uns als Konkurrenten auf dem Weltmarkt und im Kampfe um die Weltmacht. Bei solcher bedrohlichen Weltlage müssen wir zurück zur Bismarckschen Politik. Ich bin ein Fremder in Israel (Heiterkeit), ich verstehe nicht viel von Diplomatie, kann aber nur rathen, die Fäden, die uns mit Rußland verbinden, so fest als möglich zu knüpfen. Die auswärtige Politik findet nicht unsern Beifall. Wir werden hart angestoßen, stoßen aber nicht wieder. Wir treiben Syrupspolitik. (Beif. b. d. Antis.)

Graf Oriola (NL.) erklärt, daß er das Vertrauensvotum für den Reichskanzler unterschreibe, obwohl er in wirthschaftlichen Dingen dem Bunde der Landwirthe nahe stehe und mit der Politik des Reichskanzlers in Bezug auf die Hebung der Landwirthschaft nicht völlig einverstanden sei.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem theilt dem Hause mit, daß er in nächster Woche das Unfallversicherungsgesetz zur ersten Berathung und die sogenannte Lex Heinze zur zweiten Berathung stellen wolle.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung, Etat des Reichsjustizamts und kleinerer Etats in zweiter Lesung.)

Schluß 5¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Bleich vor Zorn, roth vor Scham." Ein arger Fanatiker in der Flottenagitation ist ein Graf v. Bernstorff, Korvettenkapitän a. D. In der Beilage: „Die deutsche Flotte" zur „Deutschen Kolonial-Zeitung" schildert er den jetzigen Bestand der Flotte mit den Worten: „Bleich vor Zorn, roth vor Scham müssen wir werden, wenn wir uns selber die Antwort geben können: „Verträumt, versäumt, vergessen." — Solch widersinniges Zeug, schreibt die „Freisinnige Zeitung", wird von der „Kolonial Zeitung" und dem Flottenverein verbreitet, angesichts des geltenden Flottengesetzes von 1898, in dem es ausdrücklich heißt: Von dem am 1. April 1898 vorhandenen Bestand an Schiffen kommen auf den neuen Flottenplan in Anrechnung 12 Linienschiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 10 große Kreuzer, 23 kleine Kreuzer. Auf was für dumme Leser muß der Herr rechnen, wenn er einen solchen Ausspruch thut angesichts der Aeußerung, die Admiral Tirpitz vor noch nicht zwei Jahren dahin gethan hat, daß der Sollbestand der Flotte nach dem geltenden Flottengesetze einen Machtfaktor für die Stellung Deutschlands im europäischen Konzerte darstelle, der aufgehört habe, eine «quantité negligeable« (der Beachtung unwerthe Größe) zu sein.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer Sitzung am Mittwoch Abend, die Wahl des Abgeordneten Graf von Bismarck-Bohlen, gegen die ein Protest vorlag und bereits früher Erhebungen beschlossen worden waren, für gültig zu erklären. Weiter wurde die Berathung über die Wahl des Abgeordneten von Loebell (Westhavelland-Brandenburg) zu Ende geführt. Die Kommission beschloß mit acht gegen fünf Stimmen dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abg. v. Löbell für ungültig zu erklären. Für gültig erklärt wurde die Wahl des Abg. v. Bonin-Bahrenbusch, gewählt gegen den Antisemiten Professor Förster im Wahlkreis 5 Köslin. — Die Münzgesetz-Kommission erledigte am Donnerstag die drei ersten Artikel der Novelle, also die Abschaffung der goldenen Fünfmarkstücke, der Silber- und Nickel-Zwanzigpfennigstücke, alles nach der Regierungsvorlage. Der Silberapostel Dr. Arendt hatte beantragt, auch die Zehnmarkstücke einzuziehen, um den Verkehr mehr auf das Silber anzuweisen und den Goldbestand der Reichsbank zu verstärken! Er hatte damit kein Glück; der Antrag bekam nur drei Stimmen, und selbst Herr von Frege stimmte nur unter Vorbehalt dafür. — Die deutsche Ernte hat nach den Ermittelungen des Statistischen Amts 1899 (im Vergleich zu 1898) ergeben in Tonnen zu 1000 Kg.: 8,67 (9,03) Millionen Roggen, 4,32 (4,12) Millionen Weizen und Spelz, 2,98 (2,83) Millionen Gerste, 6,88 (6,75) Millionen Hafer und 38,48 (36,72) Millionen Kartoffeln. — In der Budgetkommission des Reichstags erklärte am Freitag bei der Fortsetzung der Berathungen des Postetats der nationalliberale Abg. Hasse, daß er Beweise dafür in Händen habe, daß im Postverkehr mit Oesterreich-Ungarn seitens der österreichisch-ungarischen Beamten das Briefgeheimniß verletzt werde. Er werde demnächst sein Material dem Staatssekretär zur Verfügung stellen. Die Abgg. Lieber und Dr. Müller-Sagan traten der Auffassung des Abg. Hasse bei und theilten mit, daß sie aus Oesterreich-Ungarn fast nur eingeschriebene Briefe erhalten. Der Staatssekretär von Podbielski erwiderte, der Weltpostverein fordere den Schutz des Briefgeheimnisses. Sobald ihm das Material zugegangen, werde er energisch in der Sache vorgehen. Mit der Annahme sämmtlicher Forderungen des Ordinariums und des Extraordinariums wurde die Berathung des Postetats erledigt. — Die „Affäre Arenberg" ist gegenwärtig nach der „Dtsch. Tages-Ztg." in ein Stadium der Ruhe eingetreten. Das Aktenmaterial unterliegt z. Z. einer eingehenden Prüfung, um auf Grund der Ergebnisse einen Bericht für den Kaiser fertig stellen zu können. — In Oesterreich wurde Freitag abermals ein Ministerwechsel vollzogen. Die Ernennung der neuen Minister (von Koerber Präsidium und Inneres, Graf Welsersheimb Landesvertheidigung, v. Wittek Eisenbahnen, Dr. v. Boehm Bawerk Finanzen, Hartel Unterricht, v. Spens-Booden Justiz, Frhr v. Call-Rosenburg Handel, Frhr. v. Giovanelli Ackerbau, Dr. Rezek und Dr. Pientak Landsmannminister) wird die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlichen. — Die zum griechischen Neujahrsfest erwartete Begnadigung der im serbischen Hochverraths-Prozeß Verurtheilten ist nicht erfolgt. — Aus Macedonien kommt nach Belgrad die kaum glaubliche Nachricht, daß in dem Dorfe Mirawz die bulgarische Bevölkerung ihren Geistlichen, mit dem sie in Streit gerathen war, auf einem Scheiterhaufen auf der Straße verbrannt habe. — Der Oberste Rath für Krieg und Marine in Spanien beschäftigte sich mit der Prüfung des Prozesses von Montjuich und beschloß die Urtheilsvollstreckung auszusetzen, ohne jedoch eine Revision des Verfahrens anzuordnen. So erlangen doch endlich die in den Gefängnissen und in den Strafkolonien schmachtenden Opfer der Barcelonaer Militärjustiz die Freiheit wieder. Freilich, die fünf unschuldig Hingerichteten kann Niemand ins Leben zurückrufen.

England.

Ein Manifest gegen den Krieg haben die englischen Sozialdemokraten erlassen. Sie wenden sich an das englische Volk, um ihm klar zu machen, daß das Volk selbst keinerlei Interesse an dem menschenmordenden Kriege in Südafrika hat. In scharfen Worten wird das gewissenlose Treiben der Rhodes, Jameson und Chamberlain gegeißelt. Mit kraftvoller Offenheit werden die wahren Motive aufgewiesen, die eine kleine, einflußreiche Clique veranlaßte, zum Kriege zu hetzen. Das Manifest fordert auf zur Theilnahme an den Friedensbestrebungen:

„Arbeitsbrüder! Eure Feinde, das sind nicht die holländischen Bauern Transvaals, sondern die Aristokraten und Plutokraten Großbritanniens. Wir beschwören Euch denn, laßt keinen der Eurigen für eine Sache kämpfen, die nicht die Eure ist. Schließt Euch uns an in unserem Bestreben, den Frieden herbeizuführen."

Des weiteren werden die großen Kriegskosten aufgeführt, die etwa auf 1½ Milliarden Mark einzuschätzen seien. Diese werden aus dem Volke gepreßt und wandern zum größten Theile in die Taschen der Großkapitalisten, Bankiers und Kapitalisten aller Art. „Der wahre Patriotismus", so schließt das Manifest, „besteht nicht darin, zu dominiren, andere Nationen zu unterdrücken, sondern in der moralischen, intellektuellen und materiellen Hebung der eigenen Nation.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. „Ueber die Lage am Tugela — so drahtet man der „Köln. Ztg." aus London — liegen zwar noch keine weiteren Depeschen vor, was sich wohl dadurch erklärt, daß die Operationen, die nun, nachdem der Tugela überschritten ist, bald zu einer Entscheidung führen müssen, wiederum begonnen haben. Hier erwartet man scharfe Kämpfe, hauptsächlich auf der Seite des Generals Warren, der mit nahezu 14 000 Mann die Ueberflügelung der rechten feindlichen Flanke anstrebt. Hier verhehlt sich kein verständiger Mensch die Schwierigkeiten, mit denen der geschickte und vorsichtige, in der afrikanischen Kriegsführung erfahrene Warren zu kämpfen hat. Im Allgemeinen sieht man die Lage als wesentlich gebessert an, da die Aussicht auf einen ganz nahen Entsatz von Ladysmith günstig sei, wenn eben jetzt die Rückzugslinie der Buren bedroht erscheine. Ein solcher Erfolg wäre nicht nur für die ganze Kriegsführung von äußerster Wichtigkeit, weil alsdann auch der ursprüngliche Plan des Vorgehens durch die Kapkolonie auf Bloemfontein und Pretoria bald aufgenommen würde, sondern er wäre auch für die innere Politik höchst schätzbar." — Auch aus Pretoria wird amtlich gemeldet, daß eine Schlacht nahe bevorstehe. Ein Telegramm aus Durban besagt sogar, daß mit jedem Bahnzuge Verwundete von der Front ankommen, woraus sich schließen läßt, daß bereits sehr heftige Kämpfe stattgefunden haben.

Lord Dundonald's berittene Truppen trafen Mittwoch Nachmittag westlich von Acton Holmes auf die Buren. Als Abends 7 Uhr die von General Warren entsandte Abtheilung Dragoner zur Verstärkung eintraf, nahm Dundonald nach einem Kampfe verschiedene Kopjes. Er hält sich jetzt, wie Reuter's Bureau meldet, in dieser Stellung. Der Burenverlust beträgt 21 Todte und Verwundete, darunter ein Feldkornet; 15 gefangen. Auf englischer Seite wurde angeblich nur ein Leutnant verwundet und drei Gemeine getödtet und verwundet.

Ein staatlicher Musterbetrieb.

A. K. Das stolze Wort vom „staatlichen Musterbetriebe" hat längst einen mehr als ironischen Beigeschmack gewonnen, seit zur Evidenz erwiesen ist, daß die Staatsbetriebe, sowohl was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als auch besonders was die persönliche Freiheit der in ihnen thätigen Arbeiter anlangt, durchweg den Privatunternehmern nicht als nachahmenswerthes Vorbild, sondern vielfach eher als abschreckendes Beispiel dienen können. Der Staat wirkt nicht im guten Sinne reformirend, er liefert vielmehr denen, die gegen alle Forderungen einer gesunden Sozialpolitik die Ohren mit Watte verstopfen, eine bequeme Ausrede. Auch wir müssen heute der zwar nicht angenehmen, aber nicht von der Hand zu weisenden Pflicht genügen, aus einem lübeckischen Staatsbetriebe Dinge zu berichten, die u. E. nicht eben schön genannt werden können. Der Baudeputation, Abth. I für Wasserbauten, Wasserbauinspektor Krebs, untersteht auch das Baggerwesen. Den Prahmbesatzungsmannschaften wurde nun im September v. Js. und erneut im Januar ds. Js. eine Dienstanweisung vorgelegt zur Unterschrift. Die Leute erhoben gegen einige Paragraphen, welche unsere Leser weiter unten genauer kennen lernen werden, Einspruch, erhielten jedoch, wie es heißt, vom Maschinenmeister Schürer den Bescheid, daß, wer nicht unterschreibe, entlassen sei. Die Firma Ph. Holzmann, welche den Travendurchstich bei der Herrenfähre übernommen hat, habe erklärt, ihr ständen genug Leute zur Verfügung, die zu den in der Dienstanweisung aufgeführten Bedingungen die Arbeit sofort gern annehmen würden. Dieser Schreckschuß hat geholfen. Sehen wir uns nun die Herrlichkeit einmal näher an, welche die jetzigen Leute festhielten, weil sich die Holzmann'schen Arbeiter angeblich so sehr danach sehnten. § 1 der etwas merkwürdig stilisirten Anweisung lautet:

> Angenommen werden nur solche Leute, welche nicht anderweitig verpflichtet sind, Erntearbeiten 2c. zu verrichten. Die Besatzung der einzelnen Prähme besteht aus Schiffer und einem Arbeiter. — Der Schiffer erhält für die Dauer der Arbeitszeit von Morgens 5 — Abends 7 Uhr **Mk. 90,** der Arbeiter **Mk. 85,** während bei Tag- und Nachtschicht mit einer Arbeitszeit von 6—6 Uhr der Schiffer **85 Mk.** der Arbeiter **Mk. 80** erhält. Die Zahlung erfolgt in halben Monatsraten, und zwar einzeln am 16. des betreffenden bezw. am 1. des folgenden Monats. In den ersten 6 Zahlungen nach Beginn des Jahres bezw. des Betriebes werden zur Sicherheit der eingegangenen Verpflichtungen bei jeder Zahlung **2,50 Mk.** einbehalten. Die Einbehaltungssumme kommt entweder im vollen Betrage, oder wenn ein Theil auf Grund nachstehender Bedingungen zur Schadloshaltung anderweitig in Anspruch genommen worden ist, mit dem Restbetrag jedesmal am Jahresschluß bezw. am Schlusse der jährlichen Betriebsperioden zur Auszahlung. Tritt infolge Reparatur eine längere Pause im Betriebe ein, so bleibt es dem Ermessen des Wasserbau-Inspektors überlassen, ob auch in diesem Falle die Sicherheitssumme ausbezahlt wird oder nicht. Bei ordnungswidrigem Verlassen des Dienstes, während der Betriebsperiode oder bei Entlassung aus dem Dienste infolge von Dienstvergehen wird der hinterlegte Betrag nicht ausgezahlt, sondern der Betriebs-Krankenkasse zugewiesen.

Wir wollen gleich darauf hinweisen, daß der letzte Satz den Bestimmungen der Gewerbeordnung zuwiderläuft. Wohl ist der Arbeitgeber nach § 119a G.-O. berechtigt, zur Schadenersatzsicherung Lohn einzubehalten, er darf aber nach § 124b G.-O. bei ordnungswidrigem Verlassen der Arbeit nur den ortsüblichen Lohn für eine Woche, also für Lübeck 14,40 Mk., einbehalten, während laut obigem Paragraphen in 9 Monaten 45 Mk. abgezogen werden. Beachtenswerth ist ferner, daß der Staat bei **14** stündiger schwerer Arbeit noch nicht einmal einen Tagelohn von 3 Mk. zahlt, und daß er bei zwölfstündiger sofort den Lohn kürzt. Ist es da ein Wunder, wenn Privatunternehmer ebenfalls unter das Existenzminimum gehen und den ortsüblichen Tagelohn zum Lohnmaximum zu erheben trachten? Und was verlangt der Staat nicht Alles für jenen kargen Lohn. Man höre nur, was im § 2 steht!

> Die tägliche Arbeitszeit, welche voll zum Baggerbetriebe auszunutzen ist, währt im Allgemeinen von 5—7 Uhr, am Sonnabend bis 6 Uhr 30 Minuten Bei Tag- und Nachtschicht wird von 6—6 Uhr gearbeitet, es ist jedoch die Prahmbesatzung verpflichtet, über diese Zeit hinaus die täglich nach Beendigung der Baggerarbeit vorzunehmende Reinigung des Baggers, das Festlegen des Baggers und der Fahrzeuge, die Hülfeleistung beim Bugsiren nach der Liegestelle u. s. w. nach Anordnung des Baggerführers oder dessen Stellvertreter **ohne Vergütigung** auszuführen. Wenn der Betrieb es erfordert und dies vom Baggerführer angeordnet wird, so ist die Mannschaft ferner verpflichtet, auch außerhalb der Arbeitszeit Arbeiten, wie Kohlenübernehmen, Auswechseln der Eimer oder Schaaken, Reparaturarbeiten und dergleichen zu verrichten, für die bei solchen Arbeiten geleisteten Ueberstunden vor 5 Uhr Morgens bezw. nach 7 Uhr Abends, bezw. bei Tag- und Nachtschicht vor 6 Uhr Morgens oder nach 6 Uhr Abends wird jedoch eine Vergütigung gewährt.

Es ist geradezu unglaublich, daß der Staat es verlangen mag, daß schlecht bezahlte Arbeiter noch über die vierzehnstündige Arbeitszeit hinaus zeitraubende und besonders bei schlechtem Wetter schwere Arbeit ohne einen Pfennig Entgelt leisten sollen. Da hört einfach die Gemüthlichkeit auf. Doch es kommt noch besser. § 3 und 4 schreiben vor:

> Am Montag Morgen wird um 4¾ Uhr, bei Tag und Nachtschicht um 5¾ Uhr vom Bagger aus das Antrittszeichen mit der Läuteglocke gegeben, kurze Zeit vor 5 resp. 6 Uhr wird nur 2—3 Minuten lang zum zweiten Male geläutet, mit Beendigung des Läutens muß ein Jeder an Bord auf den Prähmen oder am Bagger sein, wohin er vom Baggerführer beordert ist. — Ist der Bagger in Arbeit, so macht nur dieser allein für gewöhnlich eine Stunde Mittag, für den Neptun und die Prahmbesatzung **giebt es keine bestimmte Eßzeit,** sondern die ist nach Angabe des Baggerführers so einzurichten, daß der Betrieb nicht gestört wird.

Das Essen wird also „so bei weglang" erledigt. Geregelte Zeit existirt nicht. Wie sehr dadurch die Gesundheit der Arbeiter geschädigt wird, brauchen wir nicht erst zu erörtern. Die Aerzte wissen ein Lied davon zu singen. Dabei wird von der Prahmbesatzungsmannschaft vorausgesetzt, daß sie nicht aus gewöhnlichen ungelernten Arbeitern bestehe; denn § 6 fordert:

> Die Prahmbesatzungsmannschaften müssen des Ruderns kundig sein und einzeln ein zu den Prähmen gehöriges Boot zu handhaben verstehen. Die Prahmbesatzung muß alle Arbeiten, nämlich das Herauholen der Prähme rasch und geschickt bewirken usw.

Nach diesen Proben wird man es begreiflich finden, daß die Sonntagsruhe ganz besonders eigenartige Formen annimmt. § 7 sieht in dieser Beziehung Folgendes vor:

> An Sonn- und Festtagen muß die Hälfte der Prahmbesatzung bezw. die Hälfte der Schicht auf den Baggern und den Prähmen, nach Anordnung des Baggerführers Wachedienst verrichten. Von der Tageswache des Baggers an Sonn- und Festtagen muß mindestens ein Mann auf Deck sein. An der Decksnachtwache auf dem Bagger muß sich die Prahmbesatzung nach Anordnung des Baggerführers betheiligen; für die Decksnachtwache wird eine Vergütigung von **2,20 Mk.** (!) pr. Wache gewährt. Die Decksnachtwache hat darauf zu achten, daß die Laternen auf dem Bagger, den Prähmen und wenn der Bugsirdampfer in der Nähe des Baggers liegt, auf diesem oder bei den Ketten und dergleichen am Lande rechtzeitig angesteckt werden, während der Nachtzeit hellbrennen und bei Tagesanbruch gelöscht werden. Alle außergewöhnlichen Ereignisse, als Sturm, Gewitter, besondere Vorkommnisse auf dem Bagger, an den Böten oder auf dem Fahrwasser, Losreißen eines Prahmes, Leckwerden von Fahrzeugen und dergleichen hat der Wachtposten sofort dem Baggerführer oder Steuermann zu melden. Bei jedem Bugsirzuge muß ein Boot vorhanden sein und haften dafür die beiden dem Zuge mit ihrem Prahm zuletzt Angeschlossen bei einer Mark Strafe.

Die Strafandrohung bietet einen harmonischen, passenden Abschluß des Sonntagsparagraphen. In den weiteren Bestimmungen wird dann rasches und genaues Arbeiten beim Treideln und Schieben und gehörige Vorsicht verlangt, auch wird bekannt gegeben, daß wenn im Winter von der bei Prähmen mit hydraulischer Klappenbewegung benutzten Füllflüssigkeit etwas verloren geht durch Verschulden der Leute, die Bauverwaltung sich ohne Weiteres schadlos halten kann durch Einbehaltung des Lohnes. Und nun folgt das endlose Strafregister, das wörtlich wiedergegeben zu werden verdient. Es steht im § 12:

> Mit Ordnungsstrafen, welche ohne weiteres vom halbmonatlichen Lohne einbehalten werden, wird belegt: 1. Wer ohne Erlaubniß von der Arbeit wegbleibt, für jeden ¼ Tag **1,20** Mk. 2. Wer mit dem letzten Läuteschlag bezw. Schichtwechsel nicht auf seinem Posten ist, für jedes Mal **0,25** Mk. 3 Wer seine Wache oder Logisposten zeitweilig oder ganz verläßt **1—5** Mk. 4. Der betreffende Posten muß bei der Decks-Nachtwache in vorgeschriebener Weise jede Viertelstunde die Controluhr, an der Ihnen angegebene Stelle benutzen, unterläßt er dieses, so wird es als Beweis betrachtet, daß er auf seinem Posten geschlafen hat, es werden dann das erste Mal **0,50** bis **1,—** Mk. Strafe erhoben, das zweite Mal eine solche von **1—2** Mk. Geschieht es zum dritten Male, so wird der Wachtposten aus dem Dienst entlassen. 5. Wer die Bodenklappe des Prahmes nachlässig öffnet oder schließt, so daß der Inhalt des Prahms verloren geht, **1** Mk. Strafe, wenn der Schiffer auf dem Prahm ist, ist der dafür verantwortlich. 6. Wer bei dem Treideln, Schieben oder Entleeren der Fahrzeuge nicht fleißig arbeitet, die nöthige Vorsicht außer Acht läßt und den sonst gegebenen Vorschriften zuwiderhandelt, für jedes Vergehen **0,20—1** Mk 7. Für betroffene Ordnungswidrigkeit auf den Prähmen oder für unterlassene Reinhaltung der Prähme wird die Besatzung ebenfalls in Geldstrafe bis **1** Mk. genommen. 8. Wer den Draggen oder Anker auf Befehl vom Bagger aus nicht sofort auswirft **0,50** bis **1** Mk. 9. Falls die Prahmbesatzung sich ganz oder theilweise verabredet, einem gegebenen Befehl nicht nachzukommen, so hat die Bauleitung nicht nur das Recht, die betreffenden Leute ohne Kündigung sogleich zu entlassen, sondern sie kann sich auch in dem Falle, wo die Nichtbefolgung des gegebenen Befehls Verzögerung oder Unterbrechung der Arbeit nach sich zieht, für diesen Schaden aus dem rückständigen Lohn oder dem einbehaltenen Betrage (§ 1) der Besatzung schadlos halten. Der Lohn wird in solchem Falle ohne weiteres bei der Zahlung um den Schadenbetrag gekürzt.

Wer auf einem Bagger in Dienst tritt, hat also einen halben Tag nöthig, um diese Bestimmungen auswendig zu lernen, falls er sie überhaupt in die Hand bekommt. Die unter Punkt 3 festgesetzte Strafe ist in ihrem Höchstmaße überhaupt gesetzwidrig. Laut § 134b der Gewerbeordnung kann „bei erheblichen Verstößen gegen die zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes erlassenen Vorschriften" Geldstrafe bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes verhängt werden. Letzterer beträgt aber, wie wir gesehen haben, noch nicht **3 Mk.** Vielleicht entschließt man sich jetzt zu entsprechenden Abänderungen. Daß im übrigen die Strafen im Vergleich zu den Löhnen horrend hohe sind, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, liegt auf der Hand, und es darf als auffällig betrachtet werden, daß überhaupt Arbeiter sich auf dergleichen einlassen. Was heißt ferner „nicht fleißig arbeiten", „nöthige Vorsicht"? Wer entscheidet darüber? Das sind Begriffe, die so willkürlich ausgelegt werden können, daß der Arbeiter auf Gnade oder Ungnade dem „Ermessen" seines Vorgesetzten übecantwortet ist. Eine geradezu kuriose Bestimmung enthält der § 13:

> Tritt ein Unfall bei der Arbeit auf dem Bagger oder den Prähmen oder auf sonstigen Arbeitsstellen ein, so hat der zu Schaden gekommene Schiffer oder Arbeiter sofort dem Baggerführer oder Steuermann Anzeige zu machen, da bei fehlendem, ungenügendem, oder unverlässigem Nachweis über den Unfall die Baudeputation die **Anerkennung des Unfalls verweigert.**

Abgesehen davon, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, Unfälle sofort anzumelden, muß denn doch bemerkt werden, daß es Mittel und Instanzen giebt, durch welche die Anerkennung von Unfällen, d. h. die Rentenzahlung, erzwungen werden kann. Die Krone der Wasserbauverwaltungsschöpfung ist jedoch ohne Zweifel der § 14. Er erhebt das System der **schwarzen Listen** zu einer staatlich approbirten, durchaus zulässigen Maßregel:

> Wer im Dienst widerspenstig oder wiederholt nachlässig ist, oder sich schlecht aufführt, (??) sowie Trunkenheit zeigt, wird sofort entlassen. Die Bauleitung hat überdies das Recht, in den ersten drei Wochen nach Annahme des betreffenden Arbeiters denselben ohne Angabe von Gründen zu entlassen, im übrigen Fall kann das Arbeitsverhältniß beiderseits nur nach vorausgegangener 14tägiger Kündigung gelöst werden. Wer auf Grund dieser Dienstanweisung ohne Künbigung entlassen wird oder ohne Kündigung den Dienst verläßt, verliert jeden Anspruch auf Rückzahlung des in den ersten 6 Zahlungen (Vergl. § 1) einbehaltenen Betrages. Dieser Betrag wird in solchen Fällen der Betriebskrankenkasse zugewiesen. **Ein in solcher Weise aus dem Dienst geschiedener Arbeiter wird auch später niemals wieder bei staatlichen Betrieben, noch auch bei den Unternehmern von Staatsarbeiten Beschäftigung finden.**

Derartige Bestimmungen von behördlicher Seite ausgehend, lassen manches heute erklärlich erscheinen, was früher dem Publikum unverständlich war. Dem § 15 wollen wir zum Schluß noch eine ebenfalls mit der Gewerbeordnung in Widerspruch stehende Bestimmung entnehmen. Dort heißt es nämlich:

> Die Reparatur- oder Ersatzkosten für Beschädigung oder dergleichen, welche durch Unvorsichtigkeit, Nachlässigkeit oder sonstige Unordnung an Prähmen und den Geräthen erstehen, trägt zunächst der Schuldige, und **wenn dieser nicht ermittelt werden kann, die ganze Besatzung** des betreffenden Prahmes. Die Bauleitung kann in solchen Fällen den rückständigen Lohn oder den nach P. 1 einbehaltenen Betrag zur Deckung des Schadens ohne Weiteres verwenden.

Eine solidarische Haftung ist in der Gewerbeordnung nicht vorgesehen, sie widerspricht auch den guten Sitten und ist somit schon nach § 134b der G.-O. unzulässig. Beim Militär kommt es wohl vor, daß eine ganze Kompagnie für die Sünden eines Einzelnen haften muß, im bürgerlichen Leben sind wir erfreulicherweise soweit nicht gediehen.

Wir glauben, alle weitere Kritik unseren Lesern überlassen zu dürfen. Ob es vielleicht auch angebracht ist, zu hoffen, daß von maßgebender Stelle ein wenig Obacht gegeben wird auf das hier Vorgebrachte?

Wir wollen uns darauf lieber nicht verlassen und das Weitere getrost den Arbeiterorganisationen anvertrauen, mit denen schließlich auch die Wasserdeputation wird rechnen müssen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 20 Januar 1900.

Robert Böger †. Völlig unerwartet kommt die traurige Mittheilung, daß unser treuer Parteigenosse, Drechslermeister Robert Böger, gestern Abend um 10 Uhr plötzlich an einem Gehirnschlage verschieden ist. Er hatte vor einigen Wochen das Unglück, das rechte Bein zu brechen und mußte deshalb das Bett hüten, war aber noch bisher zum letzten Augenblicke wohl und frisch. Wir verlieren an demselben einen Mann, dessen lauterer Charakter, uneigennütziges Wirken und offenes Auftreten Jeder zu schätzen wußte, der mit ihm in Berührung kam. Der Arbeitersache, der er unter dem Sozialistengesetze werthvolle Dienste leistete, blieb er bis zur letzten Stunde getreu. In unserem Geschäfte entsteht eine Lücke, insofern der Verstorbene das Ehrenamt eines Firmenträgers bekleidete. Die Drechsler-Zwangs-Innung hatte ihm, obwohl er ganz neutral eintrat, das Amt des Kassenführers anvertraut, ein Beweis, daß man auch in den Kreisen seiner Kollegen seine trefflichen Eigenschaften zu schätzen wußte. Auch die St. Lorenz-Liedertafel verliert in ihm ein altes, thätiges Mitglied. Als anspruchsloser, grundehrlicher, liebenswürdiger Mann wird er den Ueberlebenden unvergeßlich bleiben. Ehre seinem Andenken!

Die Volkskalender, welche wir Sozialdemokraten alljährlich vertheilen, entpressen dem Amtsblatt schon den zweiten Seufzer großen Stils. Jetzt empfiehlt es, das Rezept der Junker — Einsammeln der vertheilten Kalender — in umfangreichem Maße nachzuahmen. Als

ob dieses elende Manöver irgend welchen Erfolg garantirte! Interessant ist immerhin, daß nationalliberale Leute diese Jesuitentaktik für anpassend erachten.

Dummersdorf. In Flammen aufgegangen ist eine dem Hufner Ehlers gehörige Scheune. Außer 46 Fudern ungedroschenem Roggen und Hafer verbrannten 3 Fohlen, ein Stuhlwagen und eine Dreschmaschine.

Die Nationalsozialen machen ein großes Geseires, weil unsere Parteigenossen es abgelehnt haben, in kathedersozialistischen Versammlungen Referate über die Flottenvorlage zu übernehmen. Als ob sie nicht ganz genau wüßten, daß unsere Redner allüberall über diese Frage öffentlich zum Volke sprechen. Was gehen uns reklamehafte Veranstaltungen selbstgefälliger Dilettanten der Politik an? Es ist aber ein alter Trick der Naumännlein, über Selbstverständliches tiefsinnig alberne Betrachtungen anzustellen. Als Schreiber dieses vor längerer Zeit einmal dem Oberbonzen jener politisch Halbstarken in Segeberg energisch zu Leibe rückte, erlaubte sich der Herr Pfarrer auch den Taschenspielerkunstgriff, — in seinem Schlußworte natürlich — etwa zu sagen: „Alles recht gut, aber, m. H., Sie sollen doch nicht Herrn N. N. aus Lübeck wählen, sondern Herrn Weinheber aus Hamburg, und wo steckt der denn heute?“ Die Argumente, welche jetzt gegen Bebel, Auer u. s. w. mit großem Aufwande von erkünstelter Entrüstung vorgebracht werden, sind von genau derselben Qualität! „Ritterlich“ nennt der Mann der hübschen Pose, Damaschke, diese Methode.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe. Wie berechtigt die Forderungen sind, welche von den hiesigen Maurern und Zimmerern an die Innung „Bauhütte“ bezüglich des Arbeiterschutzes gerichtet sind, ersieht man am besten aus der Polizeiverordnung, welche diesbezüglich in Flensburg erlassen worden ist. Bei dem aktuellen Interesse, das diese Frage hat, erachten wir den wörtlichen Abdruck für zweckmäßig. Sie lautet:

Bei Hochbauten sind, wenn einschließlich der Poliere und Lehrlinge mehr als 10 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind — wobei während der Rohbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Stacker, in diese Zahl nicht eingerechnet werden — zur Unterkunft der Arbeiter bei ungünstiger Witterung und in den Ruhepausen Räume zu schaffen, welche im Mittel mindestens 2,20 Meter im Lichten hoch, mit Wänden umschlossen und mit einem Dach versehen sind. Ihre Grundfläche ist derart zu bemessen, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter eine Fläche von wenigstens **1,75 qm** entfällt. Die Räume müssen einen festen trockenen Fußboden haben und auf besonderes Erfordern der Polizeiverwaltung vom 15. Oktober bis zum 15. März heizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkunftsräumen Sitzplätze zur Verfügung zu stellen. Baumaterialien irgend welcher Art dürfen in diesen Räumen nicht gelagert werden. — § 2. Gleiche Unterkunftsräume sind bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, einzurichten, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind, und zwar müssen die Räume so belegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsstätte der Regel nach höchstens 750 Meter entfernt ist. Für schwimmende Unterkunftsräume findet die Vorschrift über die nothwendige lichte Höhe keine Anwendung. — § 3. Bei Hochbauten ist für je 25 der im § 1 bezeichneten Personen mindestens 1 Abort herzustellen. Die Aborte sind so einzurichten, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Erforderlichen Falles sind vor den Thüren Blenden anzubringen. Bei Tiefbauten kann die Polizeiverwaltung die Herstellung solcher Aborte fordern. — § 4. In diese Aborte sind Eimer der städtischen Abfuhr einzustellen. Bei freier, von Wohngebäuden entfernter Lage kann im einzelnen Falle die Polizeiverwaltung die Herstellung einer Erdgrube gestatten. — Die Unterkunftsräume und die Aborte müssen genügend erhellt sein und sind stets in reinlichem Zustande zu halten. — In Neubauten dürfen in der Zeit vom 15. November bis zum 15. März Stuccateur-, Putzer- und Töpferarbeiten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster verschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlüsse ist für genügend zu erachten — § 7. In Räumen, in denen zum Austrocknen offene Coaksfeuer ohne Ableitung der entstandenen Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Coaksöfen beaufsichtigenden Personen betreten werden.

Die Flensburger Polizeibehörde ist also z. Th. noch weiter gegangen, als die hiesigen Arbeiter. Wir erachten es als selbstverständlich, daß die Innung „Bauhütte“ ihren Stolz darin setzen wird, Flensburgs Behörden noch ganz gehörig zu übertrumpfen. Die an Bauten beschäftigten Arbeiter haben jedenfalls ein gutes Argument gegen alle etwa an's Tageslicht tretenden Einwendungen.

Im Vereinshause ist heute Abend Anstich des vorzüglich gerathenen Adler-Bockbiers, das auch am Sonntag zum Ausschank gelangen wird.

Der Verband der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter hält morgen, Sonntag, im „Tivoli“ seinen ersten Ball ab. Mögen der jungen Organisation zahlreicher Besuch und frohe Stunden beschieden sein!

Eine rohe That verübte gestern Abend ein Arbeiter in einer hiesigen Herberge, indem er ohne irgend eine Veranlassung einem ruhig an der Toonbank stehenden Hausknecht mit einem Schnittglas einen Schlag gegen die Schläfe versetzte, daß der Getroffene sofort zusammenbrach. Während der Verletzte nach Anlegung eines Nothverbandes durch Herrn Dr. Thaden per Droschke in das Krankenhaus geschafft wurde, führte man den brutalen Patron gefesselt in Arrest ab. Eine exemplarische Strafe dürfte ihm für die Roheit sicher sein.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Im Stadttheater wird morgen Nachmittag (Anfang 3½ Uhr) der amüsante Schwank „Der Raub der Sabinerinnen“ gegeben und zwar zu außergewöhnlich ermäßigten Preisen. Am Abend (Anfang 6½ Uhr) kommt — vielfachen Wünschen zufolge — Donizetti's humorvolle Oper „Marie, die Tochter des Regiments“ zur Aufführung und zum Schluß das entzückende dreiaktige Lustspiel „Die berühmte Frau“.

pb. **Untersuchung** ist eingeleitet gegen einen Arbeiter, welcher der Unterschlagung von 12 Spielen Karten beschuldigt wird, und gegen einen anderen Arbeiter, welcher Zink gestohlen und an einen Produktenhändler verkauft haben soll.

pb. **Diebstähle.** Aus dem Keller eines Neubaues in der Brolingstraße wurden in der Nacht auf Mittwoch drei wollene Unterjacken gestohlen, aus dem Keller eines Hauses in der Lindenstraße eine ganze Anzahl Eßwaaren, Heizungsmaterial u. a. m.

Hamburg. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ hat in der Zeit vom 1. Juli bis 27. November sechs verschiedene Verkaufsstellen eröffnet und sein Umsatz stieg von 3 791,33 Mk. im Monat Juli auf 55 000,00 Mk. im Monat Dezember. Eine Reihe weiterer Verkaufsstellen sind bereits geplant und sollen bald eröffnet werden.

Hamburg. Soldatenselbstmord. Der wegen Ausbleibens über Urlaub zu 14 Tagen strengem Arrest verurtheilte Rekrut Wagner von der 12. Kompagnie der 76er erhängte sich in seiner Zelle.

Kiel. Gräßlicher Unfall. Auf dem Torpedoboot S 71 wurde von der Maschine dem Ober-Feuermeistersmaat Kretzschmann der Kopf zerdrückt. Der Getödtete hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Flensburg. Harte Strafe. Der Bahnhofsverwalter Lassen in Glücksburg, früher Restaurateur daselbst, welcher einen Zug nach Kappeln abließ, ohne die Ankunft des von Rüde kommenden Zuges abzuwarten und dadurch den seiner Zeit von uns gemeldeten Zusammenstoß herbeiführte, bei welchem zwei Landleute getödtet und mehrere Personen verwundet wurden, wurde von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Der mitangeklagte Zugführer Metzger wurde freigesprochen.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

St. § 823 ff. Für Gastwirthe besonders § 701 bis 704.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 19. Januar

Butter.

I. Qualität	Mk	98—104
II. Qualität	„	93— 97
Ferner:		
Abfallende und ältere Waare	„	95—105
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	„	80— 90
Galizische und ähnliche	„	80— 85
Inländische Sommer-	„	— — —
Amerikanische Waare	„	98—104

Hamburg, 19. Januar

Der Schweinehandel verlief träge.

Zugeführt wurden 1740 Stück. Preise: Versandschweine, fette 46—48 Mk., leichte 45—46½ Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 10 Uhr starb in Folge eines Herzschlages unser Genosse und Mitinhaber der Firma Friedr. Meyer & Co.

Robert Böger.

Die Unterfertigten betrauern in dem Verstorbenen einen lieben Mitarbeiter und werden seiner stets gedenken.

Ehre seinem Andenken!

Friedr. Meyer & Co.

Heinr. Westphal. Theodor Schwartz. Ignaz Kohler.
Aug. Rieder. Karl Willenbrock. Aug. Kahns.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend starb plötzlich unser werther Parteigenosse, das Mitglied der Firma Friedr. Meyer & Co.

Drechslermeister Robert Böger.

Unterzeichnete werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Lübeck, den 20. Januar 1900.

Redaction, Expedition und Druckerei
des „Lübecker Volksbote“.

Couverts mit Trauerrand, Contobücher 2c.
Briefbogen u. Briefumschläge
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Fortsetzung des enorm billigen
Inventur-Ausverkaufs.

Um mit **unseren colossalen Beständen in Herren- u. Knaben-Garderoben schnellstens zu räumen, verschleudern wir, jede Concurrenz ausschließend,** so lange die Vorräthe reichen von **heute ab noch billiger:**
Sommer- u. Winter-Paletots, jetzt nur Mk. **3,25, 6, 8½, 14, 17,50** 2c.
Enorme Posten Jacket-Anzüge, jetzt nur Mk. **4,25, 7½, 11, 13, 17, 22.**
Ein Posten **Herren-Loden-Joppen,** à Stück Mk. **2,50** u. **4,50,** Werth das Dreifache.
Ein Posten **Herren-Haus-Joppen,** jetzt à Stück **85** Pfg., **1,25** und **2** Mk.
Zurückgesetzte Herren-Hosen. Westen nur **70 Pfg.** an, Werth das Dreifache.
Knaben-Anzüge, Pellerinen-Mäntel 2c. **zu jedem annehmbaren Gebot, theilweise zu halben Einkaufspreisen!**

Welthaus „Goldene 33“ nur Breitestraße 33 eine Treppe, kein Laden.

Hansa-Halle. Heute Sonntag, Anfang 4 Uhr: **Tanzkränzchen.**
7½ und 10½ Uhr: Quadrille.

Großer Mittagstisch
von 11½—2 Uhr à Person 40 und 50 Pfg.
Abendessen
von 6—9 Uhr à Person 30 und 40 Pfg
Speise-Halle „Neptun“, Fischstr. 14, I.

Ein hübscher Damen-Masken-Anzug
zu vermiethen Rosenstraße 3.

Der Wahre Jacob
No. 2
— **prächtig illustrirt** —
soeben erschienen und sehr empfehlenswerth.
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Junge schwarze Pudelhund
sind billig zu verkaufen
Pagönienstraße 10.
Daselbst eine Cylinderuhr, 5 Mark

Brauerei Fackenburg.
Sonntag den 21. Januar 1900:
Grosses Concert.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf

Stadt-Theater
Sonntag:
Nachm. 3½ Uhr. Zu außerord. ermäß. Preise
Der Raub der Sabinerinnen.
Abends 6½ Uhr. Opernpreise.
Marie, die Tochter des Regiments.
Die berühmte Frau.
Montag: Schauspielpreise.
Erstaufführung in Deutschland.
Takumi, Märchen in einem Akt
Lotte, Drama in einem Akt
Cocodette, Drama in einem Akt
von Hug Marck.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 16. Sonntag, den 21. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Eine „Reform" der Unfallversicherung!

r—. Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1898 zeigen uns wieder ein Anschwellen der Zahl der Unfälle. Den flotteren Geschäftsgang, den vermehrt fließenden Profit für die Kapitalisten müssen die Arbeiter mit steigenden Gefahren für Leben und Gesundheit bezahlen, die der hastende Produktionsprozeß mit sich bringt. Die Masse der Unfälle liest sich wie der grausige Bericht über den Verlust an Todten und Verwundeten nach einer Schlacht und die Arbeiterblätter haben deshalb längst für diese Statistik die zutreffende Bezeichnung „Vom Schlachtfelde der Arbeit" angewandt. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der angemeldeten Unfälle 407 522 gegen 382 117 im Vorjahre. Die Zahl der festgesetzten Entschädigungen betrug 98 023 gegen 92 326 im Vorjahre. In 7948 Fällen (ca. 550 mehr als im Vorjahre!) hatten die Betriebsunfälle tödtlichen Ausgang, 4613 Personen in gewerblichen Betrieben, 2598 in der Landwirthschaft büßten ihr Leben ein. Die getödteten Personen hinterließen an Entschädigungsberechtigten 5096 Wittwen (gegen 4802 im Vorjahre), 10601 Kinder (gegen 9575 im Vorjahre) und 307 Ascendenten.

Wer sich nicht durch amtliche Zahlenbatterien verblüffen läßt, sondern den Dingen auf den Grund zu gehen sucht, wird aus der steigenden Unfallziffer nicht blos die Nothwendigkeit vermehrter und verbesserter Unfallverhütung, sondern auch ausgedehnterer Unfallversicherung entnehmen. Diese Forderung haben denn auch die organisirten Arbeiter seit Jahren erhoben. Doch die Regierung hat all den Wünschen nur in ganz unzulänglicher Weise Rechnung getragen. Im Jahre 1896 kam sie bekanntlich mit einer Novelle und die Vertreter der Arbeiter begannen sofort in der Kommission eine rührige Thätigkeit, um aus dem Gesetzesvorschlag etwas Brauchbares zu machen. Doch da erhob das Unternehmerthum ein wüstes Geschrei, allen voran König Stumm, der denn auch richtig bewirkte, daß die Regierung ihren Gesetzentwurf zurückzog und dadurch jede Verbesserung der Unfallversicherungsgesetzgebung, die nicht die Zustimmung der Unternehmer hatte, unmöglich machte.

Das umfangreiche Gesetzeswerk, mit welchem jetzt die Regierung an den Reichstag gekommen ist, knüpft zwar an die damaligen Kommissionsbeschlüsse an, erfüllt jedoch bei weitem nicht die Forderungen, die im Interesse einer für die Arbeiterklasse günstigen Unfallversicherung zu stellen sind. Man scheint im Chor der Geheimräthe auch nicht gewillt zu sein, den Wünschen der Arbeitervertreter entgegen zu kommen, denn gleich am Anfange der 159 Seiten langen Begründung der Vorlage wird gesagt: „Die verbündeten Regierungen glauben, sich der Erwartung hingeben zu dürfen, daß der Reichstag die Verständigung nicht durch weitergehende Forderungen erschweren werde." Das heißt: entweder Ihr nehmt dies oder Ihr bekommt garnichts! Nun, der Verlauf der diesjährigen Debatten über die verschiedenen Etatstitel des Reichsamts des Innern hat bereits gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht von solcher Genügsamkeit ist; sie wird ihre Verbesserungsvorschläge machen und es muß sich dann ja zeigen, ob Regierung und Reichstag eine wirkliche Verbesserung der Unfallversicherung vornehmen wollen.

Denn was die Regierung in ihrem heutigen Entwurf bietet, ist absolut unbefriedigend. Wir werden unsern Lesern dies sofort an einigen Hauptpunkten nachweisen, ein weiteres Eingehen auf die umfangreiche Gesetzesmaterie uns vorbehaltend.

Gleich im § 2 der Novelle stoßen wir auf eine erhebliche Verbesserung gegen den bisherigen Zustand. Die kleineren Gewerbetreibenden sollen in Zukunft versichert werden. Die kleinen Unternehmer, welche jährlich blos bis 2000 Mk. verdienen und nicht mehr als 2 Gehülfen beschäftigen, sollen sich freiwillig versichern können. Damit entspricht die Regierung den Kommissionsbeschlüssen von 1897. Um so ungerechtfertigter ist es, daß sie nicht auch den Kommissionsbeschlüssen in Bezug auf die Arbeiter entsprochen hat. Unserem Verlangen, die Arbeiter des Handwerks, des gesammten Handelsgewerbes und des Gastwirthschaftsgewerbes in die Unfallversicherung einzubeziehen, ist man auch jetzt nicht gerecht geworden. Diese Forderung wird deshalb von uns jetzt wieder von Neuem erhoben werden.

Unsere Zustimmung wird auch die Bestimmung finden, welche die Entscheidung der Streitigkeiten auf die auf Grund der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte überträgt und die bisherigen Schiedsgerichte fortfallen läßt. Es wird hierdurch den Arbeitern die persönliche Führung ihrer Sache wesentlich erleichtert. Hingegen wird die Bestimmung, welche den Berufsgenossenschaften die Berechtigung giebt, Einrichtungen für Arbeitsnachweis-Organisationen zu treffen, entschieden zu bekämpfen sein. Die Art, wie bisher die Unternehmer die in ihren Händen befindlichen Arbeitsnachweise geleitet haben, läßt befürchten, daß diese neue Form der Arbeitsnachweis-Organisation, die in ihrer praktischen Anwendung die überwiegend entscheidende Macht wiederum den Unternehmern zuschanzen würde, sehr zum Schaden der Arbeiter ausschlüge.

Völlig enttäuscht hat uns § 5a. Nach wie vor sollen die verunglückten Arbeiter, im schlimmsten Unglücksfalle, blos nach zwei Dritteln ihres verdienten Lohnes entschädigt werden, nach wie vor soll die Entschädigung erst nach Ablauf der 13. Krankheitswoche eintreten, also der erdrückende Theil der jährlichen Unfallsumme auf den Krankenkassen lasten bleiben. Und schließlich sind dann noch die Arbeiter dem Wohlwollen der Berufsgenossenschaften überantwortet, durch die die Willkür in bedenklicher Weise zulassende Bestimmung, daß die Genossenschaftsvorstände den infolge Unfalls unverschuldet Arbeitslosen ihre Rente vorübergehend bis zur Vollrente erhöhen können. Warum, wenn man schon anerkennt, daß kleine Unfälle den Arbeiter oft ebenso schwer benachtheiligen wie völlige Erwerbsunfähigkeit, macht man dann eine entsprechende Erhöhung der Rente nicht zur allgemein gültigen Pflicht?! Die lare Begründung, welche die Regierung ihrem § 5a mit auf den Weg gegeben hat, fordert den Kampf gegen die Fassung dieses Paragraphen geradezu heraus.

Sonst bemühen sich unsere Regierungsweisen immer, zu konstatiren, daß sich die Lage der Arbeiter in Folge der Prosperitätsperiode gehoben habe. Um so merkwürdiger ist es dann, daß sie in ihrem § 5b allen den Betrag von vier Mark täglich übersteigenden Verdienst blos mit einem Drittel entschädigungsberechtigt machen. In der Bekämpfung dieser Bestimmung können wir die Herren mit ihren eigenen Waffen schlagen. Ebenso ist ungenügend die Abfindung der Wittwen und Kinder im Todesfalle des Verunglückten mit blos 20 Prozent, wohingegen die neue Bestimmung des § 6a, daß die Hinterbliebenen auch dessen Rente erhalten sollen, „wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern verstirbt", entschieden einem Bedürfnisse der Zeit entspricht.

Während jetzt die Verunglückten oft lange auf ihre Rente warten müssen, trifft der neue Entwurf die vernünftige Bestimmung, daß die Entschädigungsfestsetzung im beschleunigten Verfahren von Amts wegen zu erfolgen hat. (§ 58.) Auch soll bei Streitigkeiten über die Frage, welche Berufsgenossenschaft die Rente zu zahlen hat, in Zukunft die Genossenschaft zur vorläufigen Zahlung verpflichtet sein, welche zuerst angerufen wurde, bis dann eine Entscheidung getroffen ist.

Der Entwurf bringt eine ganze Anzahl Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand, die jedoch nicht ausreichend sind, die berechtigten Klagen der organisirten Arbeiterschaft verstummen zu lassen. Und soweit sich bis jetzt überblicken läßt, ist das Gebotene bereits der Unternehmerpresse wieder zu viel. Dieses deutsche Unternehmerthum, welches Alles auf dem Gebiete der Sozialpolitik für die Arbeiter Geschehende vom Standpunkte der bürgerlichen Armen- und Wohlthätigkeitsvereine auffaßt, kann sich nicht daran gewöhnen, freiwillig den Wünschen der Arbeiter, als etwas durchaus Berechtigtem, entgegenzukommen. Deshalb auch das Zögern der Regierung und deshalb die lange Dauer, ehe die Forderungen der Arbeiter Erfüllung finden. Man macht den Anlauf zu einer Reform und an dem Widerstande der Unternehmer scheitert sie.

Auch diese „Reform" der Unfallversicherung, die neben vielem Guten so vieles Unzulängliche und Unpraktische bringt, wird für die organisirte Arbeiterschaft Veranlassung sein, immer von neuem laut ihre Stimme zu erheben, damit die Forderungen der Zeit Erhörung finden.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 18. Januar 1900.

129. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

(Schluß.)

Stadthagen (SD.): Der in Mecklenburg bestehende Zustand, daß Gutsherren als Vormundschaftsbehörde fungiren, ist unhaltbar. Es werden sich Wege finden lassen, daß auch in Mecklenburg dem Gesetz entsprechende Vormundschaftsbehörden eingesetzt werden. Nach der Gesindeordnung in Preußen sind Abzüge vom Lohn entgegen dem § 394 des B.-G.-B zulässig. Eine solche Bestimmung widerspricht dem Geist des B.-G.-B. Ich spreche hier den Wunsch aus, daß die Abschaffung der Gesindeordnung durch einheitliche Regelung der betreffenden Verhältnisse ermöglicht wird. Die Kritik des Abgeordneten Oertel an mehreren Urtheilen von Gerichten setzt mich in Erstaunen. Eine ähnliche Tiefwerthung irgend eines Urtheils habe ich sonst noch nicht gehört. Um so auffälliger ist es, daß sich ein sächsisches Gericht dieser Bewerthung angeschlossen hat. Im Uebrigen habe ich gegen die Bewerthung nichts einzuwenden, denn sie kommt der Wahrheit wohl ziemlich nahe. Den Richtern kommt es nicht darauf an, das Recht zu finden, sondern den Angeklagten, weil er einer bestimmten Partei angehört, für schuldig zu finden. Die Begründung der Strafen zeigt deutlich, daß — unbewußt natürlich — der Gedanke mitgespielt hat, daß der Arbeiter minderen Rechtes sein müsse. Die Justiz muß nach Anschauung der Sache urtheilen, diese Urtheile sind aber lediglich mit Rücksicht auf die Person gefällt worden. In dem ersten Urtheil, wo es sich um eine Kollekte zu sozialdemokratischen Zwecken handelt, ist gar nicht zu bezweifeln, daß die Verurtheilung erfolgt ist, weil die Betreffenden Sozialdemokraten waren. Der Richter soll sich aber fernhalten von der Politik. Ich erinnere an jenes berühmte Wort: ein Richter, der einem Angeklagten gegenüber auf einem anderen politischen Standpunkt steht, solle sich um so mehr vor seiner Ueberzeugung fürchten und nicht seine politische Gesinnung maßgebend sein zu lassen. In dem zweiten dieser Urtheile des sächsischen Oberlandesgerichts heißt es aber „sie belästigten die Einwohner einer ganzen Ortschaft durch aufdringliche Darstellung des Parteistandpunktes der Sozialdemokratie und ihrer auf Umsturz der bestehenden Ordnung gerichteten Ziele." Kann es klarer ausgesprochen sein, daß der Richter sich hier für berechtigt hielt, von seinem Parteistandpunkte aus zu urtheilen. Das Gefährliche dabei ist gerade, daß der Richter ganz unbewußt so handelt, daß er es gar nicht merkt, wenn er statt nach Recht und Gerechtigkeit nach seiner politischen Meinung urtheilt. Unter diesem Zustand haben die Arbeiter seit Jahrzehnten leiden müssen. — Die Konservativen haben ja immer diesen Standpunkt vertreten, daß die Sozialdemokraten außerhalb des Rechts stehen müssen, sie müssen dieses Vorgehen der sächsischen Gerichte mit Freuden begrüßen. Ganz anders dachte König Friedrich II. von Preußen, der im Dezember 1779 folgenden Brief an seinen Minister schrieb: „Der geringste Bauer, ja, was mehr ist, ein Bettler ist ebensowohl ein Mensch wie Se. Majestät, und Allen muß Gerechtigkeit widerfahren, indem Alle vor der Justiz gleich sind. Ein Justizkollegium, das eine Ungerechtigkeit begeht, ist ärger, wie eine Diebsbande. Höchstdieselben befehlen daher nachdrücklichst, daß mit einer Egalität gegen alle Leute verfahren wird, die vor die Justiz kommen, es sei ein Prinz oder ein Bauer." Dieser Grundsatz müßte auch ohne einen solchen Erlaß für ganz Deutschland gelten, mag der Betreffende ein Bauer oder ein Prinz, ein Konservativer oder Sozialdemokrat. (Widerspruch bei den Kons.)

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Weiter erzählte Jantje: „Am nächsten Morgen, bei Tagesanbruch, als wir noch schliefen, kamen Oom Jakob und Baas Frank und zwei Kaffern in unsre Hütte und rissen uns heraus: den alten Mann, meinen Onkel, meinen Vater, meine Mutter und mich selbst und banden uns mit Riemen aus Büffelhaut an vier Mimosabäume. Dann gingen die Kaffern fort, und Oom Jakob fragte meinen Vater, wo die Ochsen wären, und mein Vater sagte, daß er es nicht wisse. Dann nahm Oom Jakob seinen Hut ab und sprach ein Gebet zu dem ‚Großen Mann' im Himmel, und als er damit fertig war, kam Baas Frank mit einer Flinte und stellte sich ganz nahe hin und schoß meinen Vater todt, und der fiel nach vorn und hing ganz über den Riemen, so daß sein Kopf die Füße berührte. Dann lud er die Flinte wieder und schoß auf den alten Mann, meinen Onkel, auch er brach todt zusammen und streckte die Hände in die Luft. Darauf schoß er nach meiner Mutter, aber die Kugel tödtete sie nicht, sondern zerriß den Riemen, und sie lief davon, und er lief ihr nach und tödtete sie. Als dies geschehen war, kam er zurück, um mich zu erschießen; aber ich war damals jung und wußte nicht, daß es besser ist, todt zu sein als zu leben wie ein Hund, und ich weinte und bat um Gnade, während er seine Büchse lud.

„Aber der Baas lachte nur und sagte, er wolle die Hottentotten schon Vieh stehlen lehren, und der alte Oom Jakob betete laut zu dem ‚Großen Mann' und sagte, es thue ihm leid für mich, aber es sei der Wille des lieben Gottes. Und dann, als Baas Frank gerade die Flinte erhoben hatte, ließ er sie wieder sinken, denn da kamen langsam, langsam aus dem Gebüsch heraus und den Hügel herab, alle sechzehn Ochsen! Sie waren in der Nacht ausgebrochen und hatten sich, um andre Weide zu suchen, in irgend einer Kluft zerstreut und kamen nun zurück, weil sie satt und der Einsamkeit müde waren. Oom Jakob wurde ganz blaß und kratzte sich hinter den Ohren; dann fiel er auf seine Kniee nieder und dankte Gott für die Errettung meines Lebens. Und gerade in diesem Augenblick kam auch die Engländerin, Baas Franks Mutter, von dem Wagen her, um zu hören, was das Schießen zu bedeuten hätte, und als sie die todten Menschen, und mich weinend und an den Baum gebunden sah und hörte, was geschehen war, wurde sie ganz wild, denn sie hatte manchmal, wenn sie nicht betrunken war, ein gutes Herz, und sie sagte, ein Fluch werde auf sie fallen, und sie würden alle eines blutigen Todes sterben. Dann nahm sie ein Messer und schnitt mich los, obgleich Baas Frank mich immer noch tödten wollte, damit ich nichts erzählen könne; und ich rannte davon, wanderte bei Nacht und verbarg mich bei Tag, denn ich hatte große Angst, bis ich nach Natal kam, und dort blieb ich und arbeitete, bis das Land englisch wurde, wo mich dann Baas Croft miethete, um seinen Wagen von Maritzburg hinauf zu fahren; hier fand ich Baas Frank, der in der Nähe lebt, er sieht größer aus als damals, aber sonst ganz gleich bis auf den Bart.

„Dies, Baas, ist die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und darum hasse ich Baas Frank, weil er mir Vater und Mutter erschossen hat, und Baas Frank haßt mich, weil er nicht vergessen kann, daß er es gethan hat, und weil ich es gesehen habe, denn unsere Leute sagen, man haßt immer einen Mann, den man mit einem Speer verwundet hat!" Da er hiermit seine Erzählung beendet hatte, hob der armselige kleine Mann seinen fettigen, alten Filzhut auf, in dessen Lederriemen ein paar abgemauserte Straußenfedern steckten, zog ihn sich über die Ohren und begann mit seinen langen Zehen Kreise in den Sand zu ziehen. Seine Zuhörer blickten einander an; sie zweifelten nicht an der Wahrheit dieser grausigen Erzählung; die Art, in der sie vorgetragen worden war, drückte ihr den Stempel der Wahrheit auf, und außerdem hatten mindestens zwei von ihnen schon früher solche Geschichten gehört. Die meisten Leute, die in den wilderen Gegenden von Südafrika gelebt hatten, haben ähnliches vernommen, obgleich auch nicht alles wie ein Evangelium geglaubt werden darf.

„Du hast erzählt," bemerkte endlich der alte Silas, „die Frau habe gesagt, ein Fluch würde auf sie fallen und sie müßten eines blutigen Todes sterben? Sie hat recht gehabt. Vor zwölf Jahren wurde Oom Jakob mit seiner Frau von einem Trupp Kaffern drunten auf demselben Lydenburger Gut ermordet. Es erregte seiner Zeit großes Aufsehen, wie ich mich entsinne, aber es kam nichts dabei heraus. Baas Frank war nicht dort; er war auf der Jagd und entkam deshalb; er erbte alle Farmen und alles Vieh seines Vaters und zog hierher."

„So!" sagte der Hottentotte, ohne eine Spur von Ueberraschung zu verrathen. „Ich wußte, daß es so kommen würde, denn ich sah, daß in der Frau ein Teufel war, und daß sie sterben würden, wie sie gesagt hatte. Wenn in den Leuten ein Teufel ist, sprechen sie immer die Wahrheit, denn sie können nicht anders. Ein alter Zauberdoktor lehrte mich den Lebenskreis eines Mannes ziehen und die Worte, die ich dazu sagen muß. Nun ziehe ich Baas Franks Kreis. Ah! da liegt ein Stein im Weg; die Enden wollen nicht zusammentreffen. Aber nun arbeite und arbeite ich mit meinem Fuß, und, sehen Sie, der Stein kommt heraus und die Enden berühren sich. So ist es mit Baas Frank; eines Tages wird der Stein herauskommen, die Enden werden sich berühren, und er wird eines blutigen Todes sterben. Der Teufel in der Engländerin hat es gesagt, und Teufel können nicht lügen oder nur die halbe Wahrheit sagen. Und nun fahre ich mit meinem Fuß über den Kreis und er ist vergangen. Das bedeutet, daß, wenn er im Blut gestorben ist, er vergessen und verschollen sein wird. Sogar sein Grab wird flach sein," und er verzog sein gelbes Ge-

nun dann ein Arbeiter sein oder nicht (Sehr richtig! b. d. Kons.) In dem Artikel des „Vorwärts" steht aber kein Wort von Sozialdemokrat, danach sind „die Angehörigen der Arbeiterpartei als minderen Rechtes erklärt worden." Diesen Standpunkt billigt auch die konservative Partei und sie muß ihn billigen, denn die konservative Partei und die Gerechtigkeitsidee sind zwei so verschiedene Dinge wie Feuer und Wasser. (Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Der Abg. Stadthagen darf nicht sagen, daß die konservative Partei in diesem Hause und die Gerechtigkeit wie zwei verschiedene Dinge sind, ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Stadthagen (SD.): Herr Oertel hat sich hier gegen das Urtheil des Berliner Landgerichts gewandt, das so geurtheilt hat, wie jeder ehrliche Mensch urtheilen mußte, trotz der heftigen Angriffe konservativer Blätter und das sich nicht von der Rücksicht darauf leiten ließ, was möglicherweise oben als richtig angesehen werde. Verlangt Herr Oertel etwa von den Richtern, daß sie gegen ihr Gewissen urtheilen. Die fortwährenden Angriffe der Konservativen gegen die unabhängigen Richter müssen dazu führen, daß schwache Elemente unter den Richtern schließlich gar nicht mehr fühlen, daß sie Unrecht handeln, wenn sie ihre politische Ueberzeugung maßgebend sein lassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich muß noch einen Fall erwähnen, der weit über die Kreise der Sozialdemokraten hinaus großes Aufsehen erregt hat. Der frühere Abgeordnete Schmidt ist wegen eines Artikels, der aus Versehen unter der verantwortlichen Redaktion des Genossen Müller erschien, obgleich dieser an dem Tage gar nicht in der Redaktion war, zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Der Artikel hatte seiner Ansicht nach keine Beziehungen auf das Oberhaupt Deutschlands. Schmidt that es leid, daß der verantwortliche Redakteur zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt wurde. Er meldete sich und bekam die ungeheure Strafe von drei Jahren Gefängniß; außerdem wurde ihm das Mandat aberkannt. Die Wähler werden auch urtheilen und werden Schmidt wiederwählen. Die politischen Strafen, die unsere Richter verhängen, lassen sich nur durch politische Leidenschaften erklären. Würde man sonst einem Manne das Mandat aberkennen, der charaktervoll hervortritt und sagt: Ich wünsche nicht, daß ein Unschuldiger für mich büßt. Wer politische Ueberzeugung in die Rechtsprechung hineinträgt, ist politisch unreif. Wir müssen dafür sorgen, daß wir Richter bekommen, die die Politik vom Prozeß freihalten, die sich durch die konservative Presse nicht verhetzen lassen. Es ist traurig, daß die Staatsanwälte, eine politische Behörde, solchen Einfluß auf die Rechtsprechung gewinnen konnten. Wir müssen endlich dahin kommen, daß die Richterorgane gewählt werden aus allen Kreisen des Volkes. (Aha! rechts.) Was sind unsere Schwurgerichte, unsere Schöffengerichte anderes als Organe der besitzenden Klassen? (Sehr richtig! links.) Ich ersuche den Herrn Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß an Stelle der Klassenjustiz wahre Justiz tritt. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Sächs. Geh. Rath Fischer: Wir sind mit dem Berliner Urtheil nicht einverstanden, weil es sich nicht darauf beschränkt hat zu untersuchen, ob der Artikel des „Vorwärts" beleidigend war oder nicht. Dieses Urtheil hätte auch nicht so viel Aufsehen erregt, wenn die Sozialdemokraten nicht damit hausiren gegangen wären. Der sächsische Staat ist nicht bankerott, er blüht und gedeiht und mit ihm seine Justiz. (Beifall rechts.)

Rettich (K.) polemisirt gegen den Abg. Müller-Meiningen und meint, das alte mecklenburgische Recht habe sich in der Praxis sehr wohl bewährt. (Lachen.)

Büsing (NL.): Ich bin stets dafür eingetreten, daß Mecklenburg eine moderne Verfassung erhält. Schon als Knabe habe ich dafür plädirt. Jetzt, wo ich ein alter Mann bin, ist dieses Sehnen noch nicht erfüllt. (Hört! hört! links.) Das Zentrum ist schuld, daß diese Frage im Reichstage noch nicht in Fluß gekommen ist. Ich bin unschuldig daran. (Heiterkeit.)

Hier wird die Debatte abgebrochen. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Interpellation wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch englische Behörden. Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein neuer Vorstoß der Postbehörde? Zu einem neuen Vorstoß der Postbehörde gegen den früheren Vorsitzenden des von Herrn v. Podbielski zwangsweise aus dem Leben beförderten „Verbandes deutscher Post-Unterbeamten", den pensionirten Postpackmeister Allert, scheint, so schreiben die Berliner Blätter, die am 21. ds. Mts. stattfindende General-Versammlung der „Sterbekasse der Briefträger in Berlin" benutzt werden zu sollen. Seit Januar 1875, also seit 25 Jahren, ist Allert Vorsitzender dieser Kasse, deren Einrichtung in erster Linie seiner Initiative, deren Blüthe seiner umsichtigen, uneigennützigen Leitung zu danken ist. Bis 1893 leitete er die Kasse unentgeltlich; erst von da ab bezieht er eine Entschädigung von jährlich 365 Mark. 1869 bei einer geringen Mitgliederzahl gegründet — jetzt zählt sie 7201 Mitglieder —, hat sich diese Kasse nach 30jährigem Bestehen zu einer für die Unterbeamten segensreichen Institution entfaltet. Die Generalversammlung wurde alljährlich mit Zustimmung der Berliner Ober-Postdirektion in dem Hörsaal des Postkasinos, Artilleriestraße, abgehalten. Diesmal hat Herr Griesbach dem Verein zum ersten Male den Saal gesperrt, so daß die Generalversammlung in der Brauerei Friedrichshain tagen muß. Die Gründe für den ablehnenden Bescheid, den der Vorstand erhalten hat, sollen in der Person des Vorsitzenden zu suchen sein; wie es heißt, hätte ein anderer den Saal bekommen, nur Allert nicht. Es hat nur dieser von oben ausgegebenen Parole bedurft, um eine kleine Schaar von ti-bediensteterischen Mitgliedern zu veranlassen, zur „Feier" der verdienstvollen 25jährigen Thätigkeit des Vorsitzenden einen in der Generalversammlung einzubringenden Antrag vorzubereiten: Allert möge freiwillig sein Amt niederlegen. Sie glauben damit einem Wunsche der Verwaltung nachzukommen, die nichts lieber sähe, aus einem selbst so losen Zusammenhang mit den Beamten einen Mann zu entfernen, der der Behörde gegenüber eine anerkennenswerthe Charakterstärke gezeigt hat. Gelingt die Beseitigung des Vorsitzenden, so wäre es nicht unmöglich, daß die Selbstständigkeit der Unterbeamtenkasse zu Gunsten des „Sterbekassen-Vereins für Reichs-Postbeamte" geopfert werden könnte, dessen Vorstand aus lauter hohen Postbeamten besteht. Den Vorstand bilden u. a. Direktor im Reichs-Postamt, Sydow, den Verwaltungsrath u. a. der Ober-Postdirektor von Berlin Griesbach. Diesem Verein wäre ein Uebertritt von 7201 Mitgliedern des Berliner „Sterbekassenvereins der Briefträger" sicherlich um so erwünschter, als er selbst, bestehend seit 1827, von 75 000 angestellten Beamten und Unterbeamten des Reichspostgebiets bisher nur die klägliche Anzahl von 2023 Mitgliedern unter seiner Fahne zu versammeln vermocht hat. Es wäre übrigens erwünscht, zu welchem Satze die Reichsdruckerei die Drucksachen dieses Vereins herstellt und auf Grund welchen Rechtstitels dem behördlich protegirten Verein die Portofreiheit gewährt wird?

Aerztestreik. Aus Dresden wird berichtet: Der jüngst in Aussicht gestellte Aerztestreik ist nunmehr zur Thatsache geworden. Es handelt sich um Differenzen mit der Betriebs-Krankenkasse der sächsischen Staats-Eisenbahn. Nach einem Beschluß des ärztlichen Bezirksvereins sollte die Kasse für Krankenbesuche 25 Pf. mehr zahlen. Da die Kasse aber bereits die höchsten Sätze zahlt, wurde das Ansinnen der Aerzte abgelehnt. Nunmehr haben, veranlaßt durch den ärztlichen Bezirksverein, die Aerzte den Vertrag mit der Kasse gelöst. Die Sache liegt nun so, daß das Ministerium über die Sache, falls gegen das Vorgehen des ärztlichen Bezirksvereins Beschwerde geführt wird, zu entscheiden hat. Nach einer vorliegenden früheren Verordnung dürfte sich das Ministerium auf die Seite der Kasse stellen und entscheiden, daß der ärztliche Bezirksverein nicht das Recht habe, seine Mitglieder auf bestimmte Honorarsätze zu verpflichten. Es kann auf diese dann vom Verein kein Zwang mehr ausgeübt werden, und es würde sich für die Kasse nur darum handeln, ob sich genügend oder überhaupt „Streikbrecher" finden. Dies befürchten jetzt die Aerzte sehr und ein Artikel in ihrem Organ, der „Aerztlichen Korrespondenz", ließ sich in seinem zweiten Theile wie ein regelrechter Streikartikel, indem u. a. auch darauf hingewiesen wird, daß Arbeiterblätter stets schrieben, daß das unsolidarische Verhalten bei Streiks ehrlos sei. Man will durch solchen Vergleich offenbar die Stimmung der Kassenmitglieder für sich gewinnen. Bemerkt sei hier noch, daß absichtlich die hier fragliche Kasse für die Aktion ausersehen wurde, weil sie die größte in Sachsen und eine staatliche Kasse ist.

Die letzten Unglücksbotschaften aus Kamerun werden von Kolonialschwärmern dazu benutzt, um eine bedeutende Vermehrung der Schutztruppe zu fordern. Dem Berliner Kruppblatt genügt die im Etat vorgeschlagene Vermehrung der Truppe um 100 Mann bei weitem nicht; es verlangt mindestens eine Verdoppelung. Was für Geld dadurch zum Fenster hinausgeworfen werden soll, ist natürlich dem Blatte gleichgiltig. Flottenenthusiasten und Kolonialfexe verstehen es meisterhaft, aus jeder Blume Honig zu saugen.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde Donnerstag die erste Lesung des Etats zu Ende geführt. Es kam wieder zu ziemlich scharfen Zusammenstößen zwischen den Konservativen und Nationalliberalen. Der Senior der Konservativen, der Abg. v. Köller, fühlte sich veranlaßt, den Abg. v. Eynern wegen dessen Angriffe auf die konservative Partei am Mittwoch im altfritzischen Ton abzukanzeln, der im Hause viel Heiterkeit erregte. Die im Brustton der Ueberzeugung vorgetragenen Deklamationen des konservativen Redners von der konservativen Königstreue boten nichts Neues; den Schluß bildete ein Seitenhieb auf die „Gesetzmacherei". Der nationalliberale Abg. Gothein, der die Ausführungen des Herrn v. Köller über Friedrich den Großen als nicht zutreffend zurückwies, ging nach längerer Behandlung der Finanzlage auf die Kanalvorlage ein, für die er sehr trübe in die Zukunft sieht und auch von einer Auflösung des Abgeordnetenhauses nichts erwartet. Bemerkenswerth ist die Hoffnung, die der Redner auf die von freisinniger Seite beantragte Neueintheilung der Landtagswahlkreise setzt. Ob er freilich namens seiner Partei gesprochen hat, steht auf einem andern Blatte. Nach einem Polenscharmützel zwischen dem Abgeordneten v. Glembocki und dem Kultusminister beschloß die Rechte den Schluß der Debatte und nahm dadurch dem Abg. v. Eynern die Gelegenheit, Herrn v. Köller zu antworten. Am Montag, wo die nächste Sitzung stattfinden wird, steht u. A. der Antrag auf Abänderung der Landtagswahlkreise auf der Tagesordnung.

Es bröckelt weiter. Die Zwangsinnung der Maler und Anstreicher in Krefeld beschloß einstimmig ihre Auflösung. Die früheren Mitglieder der Zwangsinnung beabsichtigen, nunmehr eine freie Innung zu bilden. Dieser Vorgang ist bemerkenswerth. Gerade von Krefeld aus war für die Zwangsinnungen am ganzen Niederrhein geworben worden. Die aufgelöste Innung war eine der angesehensten. Ihr wurden schon früh die Rechte aus § 100e der Gewerbeordnung verliehen, und ihre Leistungen wurden früher von der Behörde mit großer Wärme gerühmt. Wenn nun in einer solchen Innung sich die Mitglieder einstimmig gegen den Zwang aussprechen, so geben sie damit zu, daß die Gegner der Zünftler nicht unrecht gehabt haben.

Frankreich.

Ein glänzendes Vertrauensvotum für das Kabinet Waldeck-Rousseau. Am Donnerstag interpellirte der Sozialist Dejeante wegen der letzten Ausstände von Belfort; er beklagte sich lebhaft darüber, daß die Armee- und die Gerichts-Behörden den Unternehmern ihre Hilfe zu Theil werden ließen und warf der Regierung vor, sie habe die Ausständigen daran gehindert, nach Paris zu kommen. Gay (Progressist) besprach den Streik in Saint-Etienne und erklärte, die Regierung trage infolge ihrer Unentschlossenheit und Unthätigkeit die Ver-

---

sicht zu einem Lächeln oder, besser gesagt, Grinsen und fügte dann ganz sachlich und alltäglich hinzu: „Wünscht der Baas, daß die graue Stute ein oder zwei Bündel Grünfutter bekommt?"

Zehntes Kapitel.

John entgeht einer Gefahr.

Am folgenden Montag fuhr John mit Jantje als Kutscher in dem mit zwei der besten Pferde von Mooifontein bespannten schottischen Wagen zu Hans Coetzee auf die Jagd.

Er kam gegen halb neun auf dem Gute an und schloß aus der Anwesenheit verschiedener Wagen und Pferde, daß er nicht der einzige Gast sei. Auch war wirklich die erste Person, die er sah, als der Wagen näher kam, sein neuester Feind, Frank Müller.

„Keck (sieh) Baas," sagte Jantje, „dort ist Baas Frank und spricht mit einem Basutu!"

John war, wie sich denken läßt, über das Zusammentreffen nicht sehr erfreut. Er hatte den Mann nie leiden können, aber seit seinem Benehmen am vorigen Freitag und Jantjes blutiger Geschichte, deren Hauptheld er war, verabscheute er ihn ganz und gar. Er sprang aus dem Wagen und war im Begriff, um das Haus herum und hinten hinein zu gehen, um ihn zu vermeiden, als Müller allem Anscheine nach seine Anwesenheit plötzlich bemerkte, und mit äußerster Zuvorkommenheit auf ihn zuging.

„Wie geht es Ihnen, Kapitän?" fragte er mit ausgestreckter Hand, die John nur eben berührte. „So sind Sie auch herüber gekommen, um mit Oom Coetzee auf die Jagd zu gehen? Sie wollen uns Transvaalern wohl zeigen, wie man schießt, was? Nun, Kapitän, stehen Sie nicht so steif da, als ob sie einen Ladestock verschluckt hätten. Ich weiß, woran Sie denken: an die dumme Geschichte in Wakkerstroom am letzten Freitag, nicht wahr? Nun, nun, ich will Ihnen sagen, wie es damit ist: ich habe unrecht gehabt und schäme mich nicht, dies Mann gegen Mann auszusprechen. Ich hatte ein Glas zu viel getrunken, das ist Thatsache, und habe nicht recht gewußt, was ich that. Wir müssen hier als Nachbarn nebeneinander leben, lassen Sie uns deshalb alles vergessen und wieder Brüder sein. Ich trage nie etwas nach, nie. Es ist nicht der Wille des Herrn, daß man etwas nachtragen soll. Schütteln Sie es ab und vergessen Sie alles. Wäre es nicht um jenen kleinen Affen gewesen," fügte er auf Jantje deutend, der die Pferde hielt, noch hinzu, „so wäre es nie vorgekommen, und es ist nicht in der Ordnung, daß zwei Christenmenschen wegen seinesgleichen in Zank gerathen."

Müller brachte diese lange Rede in wohlgebildeten Sätzen hervor, etwa wie ein Schuljunge eine schwer eingepaukte Lektion aufsagt, unruhig von einem Fuß auf den andern tretend, während seine unstäten Augen etwas auf der Erde zu suchen schienen. John, der ruhig vor ihm stand und in ein eisiges Schweigen gehüllt zuhörte, war sicher, daß diese Ansprache für diese Gelegenheit vorbereitet worden war.

„Ich wünsche nicht, mit irgend jemand in Unfrieden zu leben, Mr. Müller", antwortete er endlich. „Ich streite mich nur, wenn ich dazu gezwungen werde, aber dann", fügte er grimmig hinzu, „thue ich auch mein möglichstes, die Sache für meinen Gegner unangenehm zu machen. Neulich griffen Sie erst meinen Diener an, dann mich. Ich freue mich, daß Sie nun einsehen, daß dies unpassend war, und damit ist, was mich anbelangt, die Sache erledigt." Damit drehte er sich ruhig um und ging in's Haus.

Müller begleitete ihn bis zu Jantje, der die Pferde hielt; hier blieb er stehen und warf dem Hottentotten ein Geldstück zu, das er ihn aufheben ließ.

Mit einer Hand hielt Jantje die Pferde, in der andern seinen Stock, einen langen Stab, den er immer bei sich führte, den nämlichen, auf dem er Bessie die Einschnitte gezeigt hatte. Um das Geld aufheben zu können, ließ er den Stock fallen, und Müller's scharfe Augen entdeckte die Einkerbungen; er bückte sich, nahm ihn auf und betrachtete ihn.

„Was bedeutet dies, Bursche?" fragte er, auf die Reihe der großen und kleinen Einschnitte deutend, von denen einige offenbar schon vor mehreren Jahren gemacht worden waren.

Jantje griff an seinen Hut und schloß die Hand fest um das Geldstück, das er einsteckte, ehe er antwortete. Die Thatsache, daß der Geber seine nächsten Angehörigen ermordet hatte, ließ die Gabe in seinen Augen nicht weniger begehrenswerth erscheinen. Das moralische Bewußtsein ist bei den Hottentotten im Allgemeinen eben nicht sehr bemerkbar ausgebildet.

„Daran rechne ich, Baas", sagte er mit sonderbarem Grinsen. „Wenn irgend Jemand Jantje schlägt, so kerbt er Jantje auf diesen Stock ein, und jede Nacht, wenn er sich schlafen legt, sieht er ihn an und sagt: ‚Eines Tages wirst du den Mann zweimal schlagen, der dich einmal geschlagen hat', und so weiter, Baas. Sehen Sie, wie lang die Reihe schon ist, Baas. Eines Tages zahle ich dies alles zurück, Baas Frank."

Müller ließ rasch den Stock fallen und folgte John nach dem Hause. Dieses war ein wesentlich besseres Gebäude, als die Buren gewöhnlich haben, und das Wohnzimmer — obgleich ungedielt, falls man nicht eine Mischung von Lehm und Kuhdünger für Dielen halten will — war fast ganz mit Matten aus Springbockfellen bedeckt. In der Mitte des Zimmers stand ein Tisch, aus dem hübschen Pockholz gefertigt, das aussieht, als ob es mit einer Stopfnadel getüpfelt worden wäre, und rings umher standen mit Thierfellen bedeckte Stühle und Sofas aus Stinkbaumholz.

Am Ende des Gemaches saß in einem großen Stuhl emsig mit Nichtsthun beschäftigt, Tante Coetzee, die Gattin des alten Hans, eine große, gewichtige Frau, die offenbar einst hübsch gewesen war, und auf den Sofas hatten ein halbes Dutzend Buren Platz genommen, die ihre Gewehre in der Hand oder zwischen den Knien hielten.

(Fortsetzung folgt.)

antwortung für die Unruhen vom 4. Januar. Redner warf Millerand vor, daß er den Ausständigen seine moralische Unterstützung gewährt habe. Hierauf erklärte Minister Millerand, er habe in Saint-Etienne nur intervenirt, um Erklärungen hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes über Arbeiterunfälle zu geben. (Beif.) Ministerpräsident Waldeck Rousseau verlas die dem Präfekten des Loire-Departements ertheilten Weisungen, in welchen dem Präfekten vorgeschrieben wird das Ausstandsrecht und die Freiheit der Arbeit zu respektiren. Waldeck-Rousseau fügte hinzu, niemals sei ein bedeutender Ausstand mit mehr Klugheit und Ruhe geführt worden. Zum Schlusse sprach Waldeck Rousseau den Arbeiter-Syndikaten seine Anerkennung aus, welche die Ausstände leiteten. (Anhaltender Beifall.) Die Erörterung wurde geschlossen und die Kammer nahm mit 329 gegen 74 Stimmen eine von Waldeck Rousseau genehmigte Tagesordnung an, in welcher die Haltung und die Erklärungen der Regierung gebilligt wurden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ein Streik, der große Dimensionen annehmen könnte, wurde Dienstag Abend in einer von weit über 1000 Personen besuchten Metallarbeiterversammlung über die Firma Weise u. Mansti in Halle a. S. verhängt. Die Firma, die 800 Personen beschäftigt, hat zwei Metallarbeiter, die über zehn Jahre dort beschäftigt waren, wegen Agitation gegen die Ueberarbeit entlassen. — In den Fahrradwerken „Weltenrad" zu Schönebeck ist das gesammte Arbeiterpersonal wegen Maßregelung von zwölf verheiratheten Kollegen in den Ausstand getreten. — Ueber die Blechwaarenfabrik A. Wehr in Edesheim (Pfalz) ist wegen Lohndifferenzen von Seiten des deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Sperre verhängt. — Die Bäckergehilfen in Mainz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Die Arbeitseinstellung im Karwiner Kohlenrevier (Böhmen) nimmt an Ausdehnung zu. Von 39 Schächten sind 21 mit 13 000 Arbeitern im Ausstande.

Arbeitermaßregelung. Nach einer dem „Vorwärts" zugehenden Mittheilung haben die Grubenbesitzer des Wurmreviers (Aachen) ihre Drohung, sämmtliche Mitglieder des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes zu entlassen, wahr gemacht. Es sind bei der letzten Lohnzahlung zahlreiche Kündigungen erfolgt. Durch diese Maßregelung sollen die Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechtes verhindert werden. Wer schützt die Arbeiter hiergegen?

Der Hildesheimer Arbeitersekretär hatte beim Präsidenten des dortigen Landgerichts nachgesucht, ihm die Erlaubniß zu ertheilen, vor Gericht mündlich verhandeln zu dürfen. Das Gesuch war abschlägig beschieden, weil kein Bedürfniß dazu vorliege. Das Gewerkschaftskartell beschloß, einen Entscheid des Oberverwaltungsgerichts herbeizuführen.

Wieder ein Grubenunfall. Seit Anfang dieses Jahres ist noch kein Tag vergangen, an dem nicht irgend ein Grubenunfall mit Verunglückten oder Todten zu berichten war. Heute berichtet man wieder aus Kattowitz (Oberschlesien) von einem Grubenunglück auf den Fürstlich Hohenlohe'schen Gruben, dem diesmal glücklicher Weise nur ein Menschenleben zum Opfer fiel; ein Arbeiter ist schwer verletzt. Wie das „Oberschles. Tagebl." meldet, wurde in dem Paulinenschacht der Fürstlich Hohenlohe'schen Alfredgrube bei Hohenlohenhütte von herabstürzenden Kohlen ein Bergmann erschlagen und ein anderer schwer verletzt.

Die Arbeitslosigkeit der Diamantarbeiter in Amsterdam nimmt jetzt schreckliche Dimensionen an. Der Diamantarbeiterbund, der am 6. Januar 2823 Arbeitslose unter seinen 8000 Mitgliedern zählte, stellte deren am 13. Januar 3035 fest. Von den nicht Arbeitslosen arbeitet wenigstens die Hälfte nur ein paar Tage in der Woche.

Ein allgemeiner Fachkongreß aller Angestellten im Gastwirthsgewerbe findet am 6. März in Berlin statt. In den Kreisen der Kellner, Köche 2c. ist man auf das Höchste enttäuscht über die Vorschläge, welche die Kommission für Arbeiterstatistik in ihrer Sitzung im Dezember vorigen Jahres angenommen hat und die nun der Bundesrath zu einer Verordnung zu Gunsten der im Gastwirthsgewerbe Beschäftigten umsetzen soll. Das, was die Kommission den Kellnern und Köchen zu bewilligen gedenkt, ist so minimaler Natur, daß selbst bei diesen „zufriedenen Elementen" die Unzufriedenheit wächst. Der in Aussicht genommene Kongreß soll den Zweck haben, so viel als möglich die öffentliche Meinung, den Bundesrath und vor allem den Reichstag zu beeinflussen und die Ueberzeugung zu verbreiten, daß weit über die Vorschläge der Kommission hinausgegangen werden müsse, wenn den berechtigten Wünschen der vielgeplagten Gastwirthsgehülfen auch nur einigermaßen Entgegenkommen gezeigt werden will. Der Kongreß wird, wie der „Vorwärts" berichtet, insofern ein besonderes Gepräge erhalten, als nicht nur die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen, sondern alle Richtungen bis zu den patriotischsten Kellner- und Köchevereinen daran betheiligt sein werden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Aus Furcht vor Strafe hat sich in Thorn ein Ulanen-Unteroffizier erhängt. Er hat wiederholt beim Vertheilen der Briefe an die Mannschaften Gelder herausgenommen und für sich verbraucht. — An Blutvergiftung ist der Erste Staatsanwalt Buchholz in Ostrowo gestorben. — Ueber eine Familien-Katastrophe wird aus Leipzig gemeldet: Donnerstag Vormittag wurde die gesammte aus Ehepaar und zwei Kindern bestehende Familie Meßdorf mit dem Tode ringend aufgefunden. Die Behörde hat Vergiftung festgestellt. Anscheinend hat das Ehepaar aus Noth sich gleichzeitig mit den Kindern vergiftet. — Ein zweites schreckliches Familiendrama meldet man ebenfalls aus Sachsen und zwar aus Meerane. Dort hat der Weber Karl mit einem Rasirmesser sein sechs Monate altes Kind ermordet und sich alsdann erhängt. Das Motiv der That ist unbekannt. — In Bourges (Frankreich) verurtheilte das Schwurgericht einen gewissen Debede zu 5 Jahren Gefängniß, der am 7. November v. J. seinen Sohn erschlagen hatte. Dieser war blödsinnig und läutete eines Abends unbefugter Weise die Glocken der Dorfkirche, was den Vater in eine beispiellose Wuth brachte. — Die „Italia" in Rom erfährt aus Ascolipiceno, daß drei Stunden von der Stadt eine Heerde hungriger Wölfe drei Carabinieri und mehrere Bauern überfiel und auffraß. — In Clondyke (Nordamerika) ist eine große Anzahl Einwohner von Dawson City in Folge einer Feuersbrunst, welche den gesammten Geschäftstheil dieser Stadt eingeäschert hat, obdachlos. Es herrscht eine Temperatur von 40 Grad Kälte.

Im Liegnitzer Giftmordprozeß wurde die verantwortliche Vernehmung der beiden Angeklagten in nichtöffentlicher Sitzung über ihre persönlichen Beziehungen zu einander, die die ganze Nachmittagssitzung am Dienstag ausgefüllt hatte, Mittwoch früh fortgesetzt. Erst gegen 11 Uhr vormittags wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Es wurde u. A. folgender an Frau Berndt gerichteter Brief des Inspektors Anders, der der Vorgänger des Markwitz in Niederschützeodorf war, vom 13. 7. 1897 datirt, verlesen. Anders machte gerade als Reserve-Offizier eine Uebung mit und schreibt u. A.: „Meine süße geliebte Maus! Besten Dank für Deinen Brief. So schnell hatte ich keine Antwort erwartet. Deshalb ist meine Freude um so größer gewesen. Geliebtes Herz, Du grämst Dich doch nicht zu sehr. Der Dienst gefällt mir sehr gut. Ich denke, geliebtes Herzerl, in Liebe und Dankbarkeit stets an Dich. Du hast mich erst zum Manne gemacht. Ach, könnt' ich ein Küsserl von Dir bekommen. Was machen die Ferkel? Mußt Du noch immer in den Schweinestall? Viele Küsse von Deinem Schlumperle." (Große Heiterkeit.) — Als Ueberführungsmittel wurden den Angeklagten vorgelegt: ein Fläschchen mit Strychnin (das Berndt im Schreibtisch aufbewahrte), ein Päckchen mit Gift, auf das Frau Berndt dreimal „Gift" geschrieben hat; ferner einen Revolver mit einer Blechschachtel mit Patronen, den die beiden Angeklagten bei einer Reise in Breslau gekauft haben. Die Anklage stellt nämlich die Behauptung auf, daß die Angeklagten sich zeitweise auch mit dem Plan getragen haben, Berndt zu erschießen. In dem von Markwitz bewohnten Zimmer wurde auch eine Flinte gefunden, die Frau Berndt als das Eigenthum ihres Mannes bezeichnet. Der Präsident legte Markwitz einen eisernen Bohrer vor. Der Angeklagte gab zu, daß er mit demselben in die Wand zwischen dem Schlafzimmer der Marie Berndt und seinem Zimmer Löcher gebohrt habe. Einen bei Markwitz vorgefundenen goldenen Ring erkannte Frau Berndt als ihren Trauring an, den sie Markwitz gegeben habe. Es wurde dann mit der Zeugenvernehmung begonnen. Aus mehreren Aussagen ging hervor, daß Markwitz etwas schwachsinnig und ein Prahler zu sein scheint. Der Vater des Markwitz suchte ihn als erblich belastet hinzustellen. Der frühere Mann der Angeklagten, Gutsbesitzer Berndt, erklärte, daß er Strychnin in seinem Schreibtisch gehabt und öfter die Schlüssel dazu habe liegen lassen. Markwitz habe auch davon gewußt. Erhebliches kann er so wenig aussagen wie die Dienstboten. Wie soeben gemeldet wird, wurde Markwitz wegen Mordversuchs zu fünfjährigem Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust verurtheilt. Frau Berndt wurde freigesprochen.

„Arbeiterführer" — ein gerichtlich anerkannter Beruf. Genosse Gustav Fischer aus Reichenberg, der bei dem Zwickauer Streik Namens der Arbeiterschaft intervenirte, erhielt dieser Tage eine Vorladung zum Bezirksgericht Zwickau unter folgender Adresse: „Herrn Gustav Fischer, Arbeiterführer in Reichenberg." Es geht doch nichts über die — sagen wir — Originalität der Bureaukratie.

Antisemitische Erpresser. Eine große Berliner Kunsthandlung erhielt kürzlich das folgende Schreiben, das dem „Kunstwart" im Original vorliegt: (Briefkopf, Datum, Adressatenfirma). „Das ganze Jahr über machen wir für Sie durch Besprechung Ihrer Ausstellungen Reklame, die uns schweres Geld kostet. Uns dafür hin und wieder durch Inserate zu entschädigen, das fällt Ihnen aber nicht ein, Hand wird aber nur von Hand gewaschen und wenn Sie uns nicht berücksichtigen, dann stellen wir eben die Referate über Ihre Ausstellungen auch ein. Hochachtungsvoll „Staatsbürger-Ztg." (?) Bugern."

Geradeüber der Polizeidirektion. In München wurde dieser Tage, wie die „M. Post" berichtet, auf die Denunziation eines Geprellten hin eine „Sprachlehrerin" verhaftet, die seit geraumer Zeit im Hause Nr. 7 an der Gruftstraße, gegenüber der p. t. Polizeidirektion, ein Absteigequartier unterhalten hatte. Die freundliche Dame galt namentlich „besseren" männlichen und weiblichen Ehehälften, die im Stillen der freien Liebe huldigen wollten, als gütige Beschützerin. Auch durch niedliche Kuppeleien für Kavaliere, (Pinke-Adel?) die nach eifriger Arbeit für staatliche Ordnung und Flottenvermehrung sich im Tempel der Venus belohnen wollten, hat die Treffliche sich „verdient" gemacht. Die Untersuchung, so sagt man, habe bereits verblüffende Ergebnisse gezeitigt. Als verblüffendstes Resultat aber dürfte doch die Thatsache gelten, daß diese Lehrerin der Sprache verstohlener Minne ihre Herberge gegenüber der königlich baierischen Polizeidirektion zu etabliren gewußt hat. Das heimliche Laster der oberen Zehntausend ist frech.

Ein Beitrag zum Segen der Heimarbeit. Die Zivilgarderobe des deutschen Kaisers wird von der Firma Robrecht in Berlin geliefert. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Firma von ihrem Kunden die denkbar besten Preise erhält. Trotzdem kommt es vor, daß die Heimarbeiter, welche die Kleidungsstücke für den Kaiser anfertigen, weit niedriger entlohnt werden, als es nach dem Tarif, der für Arbeiten dieser Qualität von den feinen Maßgeschäften gezahlt wird, der Fall sein sollte. Dies rührt daher, daß die Firma Robrecht ihre Aufträge an einen Zwischenmeister giebt, der sie oftmals wieder einem anderen Zwischenmeister überträgt, von dem aus sie endlich in die Hand des Heimarbeiters kommen. Von dem tarifmäßigen Preise, den Robrecht dem betreffenden Schneider bewilligt, bleibt bei der Weitergabe der Arbeit natürlich in der Hand eines jeden Zwischenmeisters etwas hängen, und so erklärt es sich, daß ein heimarbeitender Schneider, der im November vorigen Jahres einen Winterpaletot des Kaisers anfertigte, vom Zwischenmeister Kannowsky in der Schützenstraße für diese Arbeit 16 Mark und für abgesteppites Futter 5 Mk. erhält, während nach dem Tarif 22,50 Mk. und 6 Mk. zu zahlen sind. Derselbe Arbeiter fertigte in der ersten Woche dieses Monats ein ebenfalls von Robrecht in Auftrag gegebenes, für den Kaiser bestimmtes zweireihiges Jackett mit Extraarbeit für 12,50 Mk. an, während der Tarif für ein solches Jackett ohne Extraarbeit 16,50 Mk. vorsieht.

Eine Mordsstatistik. Die Ermordung von 17 Staatsoberhäuptern und einer Kaiserin hat im Verlaufe des 19. Jahrhunderts stattgefunden. Das erste Opfer war der Zar Paul I. von Rußland, der in der Nacht zum 23. März 1801 durch ein Verschwörerkonsortium, dessen Haupt der Graf Peter von der Pahlen war, in dem Michailow'schen Palais zu St. Petersburg mit seiner eigenen Schärpe erdrosselt wurde. Als zweites Opfer folgte der Sultan Selim III.; ihn ließ Mustapha IV., nachdem er zur Regierung berufen worden war, in Haft nehmen und im Mai 1808 erdrosseln. Graf Kapodistrias, Präsident des griechischen Staates, wurde nach knapp dreijähriger Präsidentschaft am 9. Oktober 1831 zu Nauplia beim Eintritt in die Kirche St. Spiridon von Konstantin und Georg Mauromichalis durch vier Dolchstiche in die Brust getödtet. Am 2. Januar 1887 wurde dem Ermordeten in seiner Heimath Korfu ein Denkmal errichtet. Der Herzog Karl von Parma mußte im Juni 1854 unter dem Messer eines Mordgesellen sein Leben lassen. Der erste Fürst von Montenegro, Danilo I., fiel nach etwa achtjähriger Regierungszeit im Jahre 1860 der Blutrache zum Opfer. Weil der Fürst einen Bauern wegen Ausübung der Blutrache erschießen ließ, erschoß ihn der Sohn des Gerichteten auf Anstiften der Mutter zu Cattaro. Der sechzehnte Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Abraham Lincoln, wurde ein Opfer des Schauspielers Wilkes Booth, der ihn am 14. April 1865 während der Vorstellung im Fordstheater zu Washington von der Bühne aus erschoß. Drei Jahre später, 1868, fiel der Fürst Michael Obrenovic von Serbien durch Mörderhand im Wildparke Topschider bei Belgrad. Im Jahre 1870 wurde der Präsident von Haiti, Salnave, erschossen, nachdem er drei Jahre hindurch regiert hatte. Das Jahr 1875 brachte die Ermordung des Präsidenten von Ecuador, Dr. Garcia Moreno. Der 32. Sultan der Osmanen, Abdul-Aziz-Chan wurde am 30. Juni 1876 von dem durch ihn erzwungenen „patriotischen Ministerium" des Mehemed Ruschdi und Hussein Awni genöthigt, zu Gunsten seines Neffen Mehemed Murad dem Throne zu entsagen. Am 4. Juni 1876 hieß es, er sei als Staatsgefangener eines natürlichen Todes gestorben. Ein im Juni 1881 gegen mehrere der höchsten Staatsbeamten eingeleiteter Prozeß ergab indessen, daß Abdul Aziz während der Nacht in seiner Kerkerzelle ermordet worden war. Garfield, der 20. Präsident der Vereinigten Staaten, erhielt am 2. Juli 1881 in Washington von einem brotlosen Fanatiker, Namens Guiteau, einen Revolverschuß in die Brust, der zwar nicht tödtlich war, den Präsidenten aber zu langsamem Siechthum verurtheilte, bis er am 28. September desselben Jahres von seinen qualvollen Leiden erlöst wurde. Zar Alexander II. von Rußland wurde am 13. März 1881 das Opfer eines Attentates, das gelegentlich der Rückkehr von einer Parade mittelst Werfens von Orsinibomben unter seinen Schlitten gegen ihn ausgeführt wurde. Am 7. Juli 1890 wurde der Präsident Merendez der Republik San Salvadore ermordet, und am Abend des 24. Juni 1894 tödtete in Lyon der italienische Anarchist Cajerio den französischen Präsidenten Carnot. Ein Landsmann von ihm, der Anarchist Luccheni, erstach am 10. September 1898 zu Genf die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, als die Fürstin eine Dampferfahrt unternehmen wollte. Den Beschluß bildete Mitte vorigen Jahres die Ermordung des Präsidenten Blanco (Republik Venezuela) und des Präsidenten Heureux (Dominikanische Republik). Es fielen also durch Mörderhand: 10 Präsidenten, 2 Kaiser, 2 Fürsten, 2 Sultane, 1 Schah und 1 Kaiserin.

Der findige Yankee. In amerikanischen Blättern findet sich folgende amüsante Geschichte: Ein findiger Yankee kaufte mehrere Tausend Cigarren und versicherte sie bei einer der ersten Feuerversicherungsgesellschaften. Nachdem er sie in Gemüthsruhe aufgeraucht hatte, verlangte er von der Versicherungsgesellschaft die vereinbarte Entschädigung, da die Cigarren unzweifelhaft durch Feuer vernichtet seien. Wenn die Gesellschaft nicht zahle, werde er klagbar werden. Der Direktor schrieb ihm darauf sehr höflich, daß er mit seiner Behauptung, die Cigarren seien durch Feuer verzehrt worden, ganz unzweifelhaft im Rechte sei, daß ihm aber auf eine Entschädigungsklage ebenso unzweifelhaft von der Gesellschaft mit einer Anzeige wegen vorsätzlicher Brandstiftung geantwortet werden würde; er sei höflichst gebeten, zu schreiben, ob er seinen Anspruch aufrecht erhielte. Die Gesellschaft hat nie wieder etwas von dem Manne gehört.

Wie weit die Kultur die Wilden im deutschen Bismarck-Archipel bereits vor der Besitzergreifung durch Deutschland beleckte, ergiebt sich aus einer Schilderung der „Marienmonathefte" über die Vorgeschichte der Herz-Jesu-Mission auf Neupommern. Dort heißt es: „Von Matupi, der Ankunftsstation, gingen 1879 unsere Patres zuerst nach Beridni zum Häuptling Tolitur, bei dem der Abbé Lanuzel eine Zeit lang gewohnt und einige Kinder getauft hatte. Tolitur galt schon für etwas zivilisirter als die anderen Wilden, weil er mehr mit Weißen umgegangen war, einige Brocken Englisch sprach und sich auch hier und da einige Geräthe der Weißen angeeignet hatte, über deren richtigen Gebrauch er wohl aber nicht recht orientirt sein mußte, sonst hätte er den Patres bei ihrer Ankunft nicht einen gebratenen Hahn in einem Nachttopf servirt." Er wird den Patres aber nichtsdestoweniger wohl geschmeckt haben, meint das amtliche „Kolonialblatt".

Heiteres. Ein guter Mensch. Hausbesitzer (nachdem er eine arme Proletarierfamilie in Schnee und Kälte hat auf die Straße setzen lassen): „Frau, gieb den armen Leuten da draußen eine Tasse Kaffee. Die Nachbarn sollen nicht von mir sagen können, ich hätte keine christliche Nächstenliebe im Leibe." — Faule Ausrede. Richter: Aber Bergbauer — wie hast nur Deinen Nachbar so unmenschlich zurichten können? Bist doch schlimmer wie ein wildes Viech! Angeklagter: O mei Herr Richter! Wie i den Kranzelhuber g'seg'n hab, da hab i glei den Tropenkoller kriegt, und nacha hab i mi nimmer auskennt vor Wuth. Richter: Halt's Maul, Spitzbub! So a vornehme Krankheit is nur für d' reichen Leut! G'rauft hast! (Südd. Postillon.)

Die Abtheilung für
Arbeiter = Garderoben
habe ich bedeutend ausgedehnt und führe ich alle Artikel in größter Auswahl.
Blaue Hosen von 0,88 Mk. an.
Blaue Jacken von 1,20 Mk. an.
Lederhosen von 1,88 Mk. an.
Hemden jegl. Art von 0,88 Mk. an.
Abtheilung für
Herren- u. Knabengarderoben
jetzt Ausverkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Otto Albers, Kohlmarkt 10 u. Markt 4.

Messer u. Scheren
schleift und reparirt
H. Hantschel
32 Hüxstraße 32.

Prima Ochsenfleisch Pfd. 60 Pf.
„ Schweinefleisch „ 55 „
Carbonade „ 70 „
Prima gek. Mettwurst „ 70 „
Leberwurst „ 70 „
Braunschweiger „ 60 „
Preßkopf „ 60 „
Jeden Sonnabend:
Warme Knackwurst.
W. Frank
Große Burgstraße 11.

Prima frische dicke Flohmen von hiesigen Landschweinen Pfd. 0,60
Reines Flohmenschmalz „ 0,80
Feinstes Speiseschmalz „ 0,70
„ Wurstschmalz aus eigener Wursttocherei „ 0,50
Frisches reines Spießbratenschmalz „ 0,70
empfiehlt
Wilhelm Schmidt
Mengstraße 2.

Täglich frisches Kopffleisch 30 Pfg., gut durchwachsenes u. geräuchertes Rindfleisch 40 Pfg., Schweinefleisch, prima Schmalz 60 Pfg., feiner Speck 60 Pfg., mag. Speck 70 Pfg., geräuch. Carbonade 75 Pfg., geräuch. Schweinefl. 65 Pfg., geräuch. Mettwurst 90 Pfg., gek. Mettwurst u. Leberwurst 70 Pfg., Rothw. u. Preßwurst 50 Pfg., ff. verschiedenes Aufschnitt empfiehlt **H. Labtz,** Böttcherstraße.

W. Strohfeldt,
Schweine-Schlachterei,
empfiehlt
Pa. hiesiges Schweinefl. Pfd. 55 Pfg.
„ Karbonade „ 70 „
„ Kalbfleisch „ 40 „
„ Queenfl. „ 50 „
„ geräuch. Rauchfleck „ 65 „
„ hies. dicke Flohmen „ 60 „
„ geräuch. Mettwurst „ 70 „
„ gekochte Leberwurst „ 60 „
„ Schnauzen u. Pfoten „ 20 „
Prima Schmalz Pfd. 60 Pfg.

Tils. Fett-Käse
alt und pikant, Pfd. 40 Pfg.
Schweizerkäse Pfd. 60 Pf.
empfiehlt
Butterhandlung „Zur Krone".

Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft
Fischergrube 52
empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

Central-Speise-Halle
Hüxstraße 61 Hüxstraße 61
Großer Mittagstisch von 11½ bis 2 Uhr
à Person 30, 40 u. 50 Pfg.
Abendessen von 6—9 Uhr à Person 30 u. 40 Pf.
Auch können Portionen für selbige Preise abgeholt werden.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

W. Klüssendorf, Klempner und Mechaniker,
Hüxstraße 124 empfiehlt **Hüxstraße 124**
Gasglühstrümpfe à 25 und 30 Pfg., stoßfeste 1a zu 40 Pfg.,
Patent-Jasper-Glühkörper, ganz vorzüglich, 60 Pfg.
ferner: **Gas- und Lampen-Cylinder, Kuppeln in allen Größen und Formen, Kochmaschinen, Emailletöpfe, Blechgeschirr, Tisch-, Küchen-, Wand-, Hängelampen u. Kronen. Gaskronen, Lyra's u. Wandarme in großer Auswahl.** Ein Posten vorjährige **Ampeln, Hänge- u. Tischlampen** etc. gebe zu herabgesetzten Preisen ab. **Gas-, Closet-, Wasseranlagen u. Hausteleg**raphen werden auf das Sorgfältigste ausgeführt. **Gummiwalzen zu Wringmaschinen.**

Krankenkasse der Hauszimmerleute zu Lübeck.
(E. H. No. 2.)

General-Versammlung
am Montag den 22. Januar 1900
Abends 8½ Uhr
bei Spahrmann, Hundestrasse 101.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung für das Jahr 1899.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Fischstraße 21. **Speise-Hallen „Hansa"** Fischstraße 21.
Große bequeme Speisesäle. **Geöffnet von Morg. 7 bis Abds. 9 Uhr.** Parterre und 1. Etage.
Preise für Getränke:

Caffee	à Tasse 10 Pf.	Brause	à Flasche 10 Pf.
Thee	„ 10 „	Selter	„ 10 „
Cacao	„ 10 „	Braunbier	à Glas 5 „
Chocolade	„ 10 „	Bouillon	à Tasse 10 „
Limonade	à Glas 10 „	u. s. w.	

„Norddeutsche Bierhalle."
Heute und folgende Tage:
Ausschank von dem vorzüglichen
Adler-Bock
à Seidel 15 Pfg. à Seidel 15 Pfg.
Ergebenst **Franz Schmitz,** Johannisstraße 5.

Seidel 15 Pfg. **Neu-Lauerhof.** Seidel 15 Pfg.
Sonntag den 21. Januar 1900: **1. grosses Bockbierfest.**
Special-Ausschank ff. Bockbier aus der hiesigen Adler-Brauerei.
Concert mit nachfolgendem Tanzkränzchen.
Eintritt 20 Pf. Anf. des Concerts 4 Uhr, des Tanzes 8 Uhr. **Tanzabonnem. 60 Pf.**
Bockbier-Kappen und -Lieder werden an der Kasse **gratis** überreicht.
Um 9 Uhr gr. Polonaise. Gratisvertheilung humoristischer Scherzartikel.
Zu reger Betheiligung ladet freundlichst ein **Herm. Gutsche.**

Gr. Extra-Gesellschafts-Abend
am Sonntag den 21. Januar 1900
als Benefiz für den Boten des „St. Jürgen-Liederkranz"
Anfang 6 Uhr. **im Concordia-Garten.** **Ende 2 Uhr.**
Zu diesem meinen Vortheilsabend lade alle Freunde und Gönner ganz ergebenst ein.
Achtungsvoll **H. Ehlers,** Vereinsbote.

Concert-Haus „Flora"
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Ende 12 Uhr. **F. Grammerstorf.**

Central-Hallen Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen.
Am Sonntag den 4. Februar:
Erste grosse Volksmaskerade.
W. Borgwardt.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. a. gewerbl. Arb.
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
am Montag den 22. Januar 1900
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 4. Quartal 1899.
Die Ortsverwaltung.

Gesellschaftshaus Adlershorst.
Sonntag den 21. Januar 1900:
Tanzkränzchen.

Elysium.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
H. Havemann.

COLOSSEUM
Morgen Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.

Am 11. Februar:
Große Volksmaskerade

Wakenitz-Bellevue.
Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
W. Kruse.

Stehr's Etablissement.
Heute Sonntag:
Grosse Tanz-Musik.

Louisenlust.
Morgen Sonntag:
Große Tanz-Musik.
W. Gloe.

Club Fidelitas.
Berathungs-Abend
am Montag den 22. Januar 1900
Abends 9 Uhr
im Club-Lokal.
Der Vorstand.

Friedrich-Franz-Halle
Sonntag den 21. Januar:
Großes
Bockbier- u. Kappenfest
Hierzu ladet freundlichst ein
L. Lübke.

Vereinshaus.
Sonnabend:
Anstich von Adler-Bock.
Sonntag von 5—10½ Uhr:
Unterhaltungs-Musik.
Ausschank von Adler-Bock und sämmtlicher hiesiger Lagerbiere.

Grossherzog v. Mecklenburg
Große Burgstraße 11.
Sonnabend und Sonntag:
Unterhaltungs-Musik.
Montag den 22. Januar:
Gr. Concert mit Bockbierausschank.
Seidel 15 Pfg. Eintritt frei.
Ludwig Puls.

Gesangverein „Eintracht".
BALL
am Sonntag den 21. Januar
im Locale „Haushahn's Concert-Haus".
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comitee.

Central-Verband der Handels-, Transport- u. Verkehrs-Arbeiter Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck)
Einladung zum
BALL
am Sonntag den 21. Januar
in der hübsch decorirten Tivolihalle.
Cassenöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr.
Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., Damen frei.
Es ladet freundlichst ein
Das Comitee.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verlagsanstalt Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.